Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 22 — Donnerstag den 27. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Ebert an den Nationalrat Österreichs.

Berlin, 27. Jan. Der Reichspräsident hat auf das Telegramm des Präsidenten des österreichischen Nationalrates Dr. Weiskirchner folgendermaßen geantwortet: „Dem Nationalrat der Republik Österreich danke ich herzlichst für die anläßlich des Erinnerungstages übermittelten freundlichen Grüße. Das deutsche Volk ist, gleich den Stammesgenossen in Österreich, von der festen Zuversicht erfüllt, daß sich der deutsche Name in der Zukunft überall jene Achtung und Geltung erringen wird, die dem gemeinsamen Streben der Wiederaufrichtung durch unermüdliche Arbeit zuteil werden müssen."

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris.

Berlin, 27. Jan. (WTB.) Die Botschafterkonferenz hat jetzt Herrn Alphand zum Vorsitzenden für die demnächst in Paris wiederaufzunehmenden deutsch-polnischen Verhandlungen über Pensionen, Archive usw. bestimmt, die im Frühjahr 1920 unvollendet geblieben waren. Deutscherseits ist hierbei auch Aufnahme der Verhandlungen über das beiderseitige Optionsrecht beantragt worden, jedoch hat die Botschafterkonferenz hierüber noch keine Entscheidung getroffen. — Die Verhandlungen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen dauern unter Vorsitz des Herrn Lefevre fort. Über eine Reihe von Fragen ist bereits Einigung erzielt.

Noch keine Entscheidung über das Schicksal des deutschen Eigentums in Italien.

Berlin, 27. Jan. Das Wolffsche Bureau meldet offiziös: In einem Telegramm einer Berliner Abendzeitung („Berliner Tageblatt") aus Rom wird die Konfiszierung des 50 000 Lire übersteigenden deutschen Eigentums in Italien als eine vollzogene Tatsache behandelt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, trifft dies nicht zu, vielmehr gehen die Verhandlungen, die über die Freigabe des deutschen Eigentums mit der italienischen Regierung geführt werden, fort.

Neuwahlen für Provinz und Kreis auch im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Jan. Die interalliierte Rheinlandkommission hat gegen die Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen keinen Einspruch erhoben. Diese Wahlen können also jetzt im besetzten Gebiet nach der geltenden Ordnung abgehalten werden.

Neue Kabinettskrise in Braunschweig.

Braunschweig, 27. Jan. Im Landtag erklärten gestern bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums die Führer sämtlicher bürgerlichen Fraktionen, daß ihre Parteifreunde der seit vorigem Sommer in Braunschweig bestehenden rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und folglich den Etat in seiner Gesamtheit ablehnten. Die Neukommunisten haben noch keine Erklärung abgegeben, und von der Haltung der drei Neukommunisten wird es abhängen, in welchem Sinne die neue Kabinettskrise morgen oder übermorgen zur Entscheidung kommt.

Der neue Vorstand der Wiederherstellungskommission.

Paris, 27. Jan. Nach französischen Blättern erfolgte gestern die Wahl des Vorstandes der Wiederherstellungskommission. Zum Präsidenten wurde gewählt Louis Dubois, zum Vizepräsidenten der Italiener Salvago Raggi, zum Generalsekretär der Engländer Salter und zu seinen Stellvertretern der Belgier Denis und der Franzose Bergers.

Ernste Niederlage der Griechen in Kleinasien.

Rom, 27. Jan. Depeschen des „Temps" aus Konstantinopel und Athen lassen die Niederlage der Griechen sehr ernst erscheinen. Die Griechen seien an die Küste zurückgejagt und setzen Brussa in Verteidigungszustand. Es herrsche starke Verstimmung. General Bencivenga kommentiert die Ereignisse und sieht eine griechische Katastrophe voraus, die nicht einmal England zugute kommen werde. Das Blatt „Akbar" in Kairo meldet: Die siegreichen Kemalisten besetzten Hasnik, gingen gegen Elschiffar vor und nahmen Gidos ein. Die griechische Flotte bombardiert die Eisenbahn bei Gelnik.

Konstantinopel, 27. Jan. (TU.) Die britische, italienische und holländische Handelskammer haben bei der Hohen Kommission in Konstantinopel gegen die Haltung der griechischen Behörden, die imstande seien, einen so ausgezeichneten Hafen wie den von Smyrna zu ruinieren, energische Vorstellungen erhoben.

Zur Frage des Anschlusses Tirols an Deutschland.

Wien, 27. Jan. Der Tiroler Landtag beschloß, daß die Abstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland am letzten Sonntag im Februar stattfinden soll.

Die Sozialisten in Schweden gegen die Konservativen.

Stockholm, 27. Jan. (WTB.) Wie der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, erregt es in Schweden großes Aufsehen, daß der frühere Staatsminister Branting als Führer der mehrheitssozialdemokratischen Partei bei Besprechung des Antrages der Konservativen auf Aufhebung oder Suspendierung des Gesetzes über den Achtstundenarbeitstag in unverhüllter Form mit der Anwendung außerparlamentarischer Mittel gedroht hat, wenn die Rechte nicht von ihrem Plan ablasse, dieses Gesetz ebenso wie eine Reihe anderer Vorlagen zum Wahlrecht, Unterrichts- und Heereswesen wieder rückgängig zu machen. Weiter sprach Branting sich mit aller Schärfe gegen die von der Rechten geforderte Erhöhung der Lebensmittel- und industriellen Zölle aus, die nach seiner Ansicht nur dazu dienen solle, die Preise hoch zu halten.

Attentat auf einen Vertreter Armeniens.

Paris, 27. Jan. (WTB.) Der Präsident der armenischen Delegation empfing gestern einen Landsmann. Nachdem dieser das Büro betreten hatte, zog er seinen Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf den Vertreter ab. Die Kugeln verfehlten jedoch ihr Ziel und der Täter wurde verhaftet.

Der deutsche Standpunkt in der Reparationsfrage.

Die Schwierigkeit des Reparationsproblems an sich hat bei der Betrachtung in der Öffentlichkeit schon Anlaß zu allen möglichen mehr oder weniger schiefen Darstellungen gegeben. Dazu kommt, daß sich in der ausländischen Presse aus politischen Gründen allerlei Sonderbestrebungen bemerkbar machen, die je nach den Ländern und den Interessentengruppen in diesen Ländern die Reparationsfrage auf bestimmte Gleise geschoben wissen wollen. Es ist deshalb nötig, daß bei dem Widerstreit der Meinungen der deutsche Standpunkt klar, deutlich und unverhüllt zum Ausdruck gebracht wird.

Dienstag abend ließ sich der Reichskanzler vom Minister des Auswärtigen Dr. Simons und vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth eingehend über die Entschädigungsfrage Bericht erstatten. Es besteht Übereinstimmung darin, daß man die Höhe der feindlichen Forderungen sobald als möglich kennen lernen müsse, und daß wir ein vertragsmäßiges Recht haben, diese Kenntnis bis zum 1. Mai d. J. zu erhalten. Anderseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde bereit sein, auf das Einhalten der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den Alliierten über die Teilleistung Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie dem Seydouxschen Plane als Basis für weitere Verhandlungen zugestimmt. Der Plan sieht vor, daß Deutschland fünf Jahre lang jährlich 3 Milliarden Goldmark zahlt, jedoch nicht in Gold, sondern in Sachlieferungen.

Dieser deutsche Standpunkt betont vor allem, daß wir nach wie vor ein dringendes Interesse daran haben, die Gesamtsumme der Reparationskosten kennen zu lernen. Wir haben ein Recht darauf, diese Summe nach dem Vertrag von Versailles bis zum 1. Mai 1921 zu wissen. Wenn wir einstweilen davon absehen, schon jetzt auf die Festsetzung der Gesamtsumme zu dringen, so nur deshalb, weil wir die technischen Schwierigkeiten bei der Gesamtfestsetzung unserer Schuld anerkennen, denn wir gehen davon aus, daß wir nicht das zahlen können, was unsere Gegner verlangen, sondern daß wir nur das wiedergutzumachen brauchen, was tatsächlich an Schaden angerichtet worden ist. Zum andern wissen wir aber auch sehr wohl, welche psychologischen Umstände jetzt noch der Festsetzung der Gesamtsumme entgegenstehen. Es ist uns von französischer Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß das französische Volk eine Summe, die wir zahlen müssen und können, nicht ertragen könne, weil sie zu niedrig wäre. Wir haben uns deshalb zu der Festsetzung der Annuitäten, das heißt der Jahreszahlungen, entschlossen, wenn eine Verständigung über die Teilleistungen innerhalb der nächsten fünf Jahre möglich ist. Das bedeutet nun aber nicht etwa, daß jetzt die Festsetzung der Gesamtsumme auf fünf Jahre hinausgeschoben ist, sondern nebenher muß eine Einigung über die Gesamtsumme erzielt werden. Dieses Verlangen hat Botschafter Laurent bei der Besprechung mit dem deutschen Außenminister auch als durchaus berechtigt anerkannt. Wir müssen weiter verlangen, daß jetzt zuerst nicht über die Festsetzung der Annuitäten, sondern über die Methode der Sachleistung und ihre Bewertung verhandelt wird, sowie über die Voraussetzungen, unter denen wir allein Teilleistungen machen können. Die Summe von drei Milliarden Goldmark zu zahlen, ist uns unmöglich. Versteifen sich die Alliierten darauf, so braucht gar nicht weiter diskutiert zu werden, denn es ist eine völlige Unmöglichkeit, in jedem Jahr eine solche Summe aus uns herauszuquetschen zu wollen. Wir müssen auch weiter darauf bestehen, daß nicht die jetzige Ministerkonferenz in Paris bindende Beschlüsse faßt, sondern wir erwarten eine Fortführung der Sachverständigen-Verhandlungen und wir haben endlich ein Recht, die Genfer Konferenz zu verlangen, bei der wir als gleichberechtigte Teilnehmer mitverhandeln können.

*

Deutschland muß 200 Milliarden zahlen, damit Frankreich nicht bankerott macht!

Paris, 26 Jan. Über die Mittwoch-Vormittagssitzung der Pariser Konferenz wird noch berichtet: Der französische Finanzminister Doumer erklärte, daß die Gesamtentschädigungssumme beinahe festgesetzt sei. Sie werde 200 Milliarden betragen, davon 112 Milliarden für Frankreich. Um diese Summe zu bezahlen, werde Deutschland 30 Jahre Zeit haben. Wenn es aber beweisen kann, daß diese Frist zu kurz ist, so könne man ihm einige weitere Jahre zugestehen. In Boulogne sur mer sprach man z. B. von 42 Jahren. Man berechnet demnach, daß Deutschland jährlich 12 Milliarden bezahlen müsse, also eine Milliarde monatlich. Um dazu imstande zu sein, müßte Deutschland das Beispiel eines einfachen Bürgers befolgen, der mehr Schulden als Einnahmen habe, und müßte einen Teil seines Besitzes verpfänden, z. B seine Bergwerke, Eisenbahnen usw. Nur wenn Deutschland bezahle, könne Frankreich 54 Milliarden Pensionen und 58 Milliarden für den Wiederaufbau aufbringen. Wenn es dies Geld nicht habe, müsse es bankerott machen. Man sagt, daß Deutschland in derselben gefährlichen Lage sei, falls es die vorgesehenen Zahlungen leisten müsse. Uns scheint, falls ein Staat bankerott machen muß, daß es viel moralischer sei, daß dies jenes Land ist welches angegriffen hat. Lloyd George fragte, was Doumer für eine Ansicht darüber habe, wie Deutschland bezahlen solle. Doumer erwiderte, daß Deutschland vor dem Kriege für 10 Milliarden Goldmark exportierte, was gegenwärtig wegen der Geldentwertung 17 Milliarden betrage. Demnach könne Deutschland 10 Milliarden bezahlen. Lloyd George bemerkte, daß Deutschland dann nicht genug Geld für Rohstoffbeschaffungen hätte. Doumer erwiderte, daß er nicht dieser Ansicht sei. Er versprach für heute abend einen Vorschlag für die Entschädigungsfrage. Die heutige Sitzung hinterließ den Eindruck, daß sich Frankreich in der Entschädigungsfrage gänzlich auf den Boden des Versailler „Vertrages" stelle.

Marschall Fochs Bericht über Deutschlands Entwaffnung.

Nach einer Meldung aus Basel heißt es in dem der Botschafterkonferenz vorgelegten Bericht des Marschalls Foch über die angeblich ungenügende Entwaffnung Deutschlands u. a.:

1. Die Kontrollkommission erhielt nur einen geringen Teil der durch die Entwaffnung der Zivilbevölkerung eingegangenen Waffen.
2. Der deutsche Entwaffnungskommissar hat den Zeitpunkt der Abgabe der Waffen der Bürgerwehren noch nicht bekanntgegeben.
3. Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist noch nicht beendet.
4. Die Sicherheitspolizei wurde nicht aufgelöst.
5. Die in Ostpreußen und Bayern aufrechterhaltenen Bürgerwehren stehen mit der Reichswehr in engem Zusammenhang.
6. Die deutsche Gesetzgebung wurde mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht genügend in Einklang gebracht.
7. Die deutsche Regierung weigert sich, das überzählige Artilleriematerial von Königsberg und Küstrin abzuliefern.
8. Trotz der noch nicht kontrollierten Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 fährt die deutsche Regierung fort, entgegen den Bestimmungen des Vertrages Liquidationsoffiziere zu beschäftigen.

Der Beschluß der Pariser Abrüstungskommission.

Paris, 26. Jan. Das Kommunique über die gestrige Nachmittagssitzung des Obersten Rates der Alliierten enthält eine bedeutungsvolle Tatsache. Zum ersten Male entschieden sich die alliierten Vertreter, einen feindlichen Staat zu einer gemeinsamen Besprechung bezüglich der Regelung des „Friedensvertrages" einzuladen. Schon am 21. Februar wird diese Beratung mit türkischen Vertretern in London stattfinden.

Die Abrüstungskommission scheint nach den vorliegenden Berichten endlich zu einem übereinstimmenden Beschluß gekommen zu sein, worüber verschieden lautende Mitteilungen vorliegen. Es ist aber unzweifelhaft, daß man der deutschen Regierung wahrscheinlich eine Frist von weiteren drei Monaten für die Zerstörung des Kriegsmaterials einräumen wird und die Auflösung der ostpreußischen und bayerischen Einwohnerwehren bis zum 1. Juli fordern wird.

Paris, 26. Jan. (Havas.) Die Sachverständigen für militärische, Marine- und Luftschiffahrtsangelegenheiten traten am Vormittag unter dem Vorsitze Fochs zusammen. Sie bildeten drei Kommissionen, je eine für militärische, maritime und Luftschiffahrtsangelegenheiten unter dem Vorsitze von Foch, Admiral Charlton (England) und General Groves (England). Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Am Nachmittag versammelten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der drei Kommissionen festzustellen. Der Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlußfolgerung enthalten und die Notwendigkeit feststellen, ohne Schwäche die Ausführungen der vorgesehenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen zu verlangen. Die Fristen bewegen sich zwischen einigen Wochen und mehreren Monaten, entsprechend der Wichtigkeit der zu treffenden Maßnahmen, auf die sie sich beziehen. Die weitest ausgedehnte Frist geht aber nicht über Juni hinaus. Nach dem Petit Journal soll die interalliierte Kontrollkommission bis zur vollständigen Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen erhalten bleiben.

Die interalliierte Elbekommission,

die augenblicklich in Dresden tagt, hat am 24. und 25. Januar Sitzungen abgehalten. Sie hat den Vorsitz der diesmaligen Tagung einem deutschen Vertreter, dem Gesandten Seeliger, übertragen, sodann ein Generalsekretariat aus den Beteiligten aller Länder auf die Dauer der Tagung eingesetzt und endlich über die Grundzüge der zu schaffenden Akte verhandelt, insbesondere über Umfang des Flußgebietes, für das diese Akte gelten soll, und über die endgültige Organisation der Kommission selbst.

Deutsche Kriegsgefangene noch in Rumänien?

München, 26. Jan. Die Kriegsgefangenendurchgangsstelle in München ist in dem Besitz von protokollierten Aussagen gekommen, nach denen in Rumänien noch deutsche Soldaten als Kriegsgefangene zurückgehalten werden. Nach diesen Aussagen sollen sich auf dem Schloßberge bei Kronstadt in einem Kriegsgefangenenlager, das dort noch vorhanden ist, in unterirdischen Kellerräumen unter den ungesundesten Verhältnissen neben Österreichern, Ungarn und Tschechen auch noch deutsche Kriegsgefangene befinden. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein müssen, nachzuprüfen, ob diese Proteste der Münchener Durchgangsstelle für Kriegsgefangene der Wahrheit entsprechen oder nicht.

Entente-Unsinnigkeiten.

Berlin, 26. Jan. Die Sächsische Landeswetterwarte, das Aeronautische Institut in Lindenberg und die geophysikalischen Anstalten in Leipzig und Frankfurt hatten die Interalliierte Kontrollkommission gebeten, die Entfernungsmesser aus militärischen Beständen, die nach dem Friedensvertrage zur Zerstörung abgeliefert werden müssen, ihnen für wissenschaftliche Zwecke zu überlassen. Die Interalliierte Kontrollkommission hat diese Bitte abgeschlagen und die Zerstörung der wertvollen Instrumente angeordnet.

Paris, 26. Jan. Marschall Foch ist heute vormittag von Paris nach London abgereist.

Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes.

Köln, 26. Jan. Wie das „Echo de Rhin" meldet, finden gegenwärtig zwischen dem belgischen General Maglinse und dem französischen General Degoutte in Paris Verhandlungen über die Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes statt. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man diese Verhandlungen in Paris mit der mehrfach angekündigten Absicht des neugewählten Präsidenten Harding, die amerikanischen Besatzungstruppen baldmöglichst zurückzuziehen, in Zusammenhang bringt. Es stände demnach die Ersetzung der Amerikaner durch französische oder belgische Besatzungstruppen zu erwarten.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Die Entente duldet den Anschluß an Deutschland nicht.

Paris, 26. Jan. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission für Österreich, Lobukowski, erklärte dem Wiener Vertreter des „Temps", das Land könne sich nur mit Hilfe der Entente wieder erheben. Dieser Beistand könne Österreich insbesondere nur gewährt werden, wenn es wisse, daß die Entente den Anschluß an Deutschland, was auch komme, nicht dulden werde, denn das würde mit Sicherheit den Wiederbeginn des Krieges bedeuten. Als Gegenleistung werde die Entente zwischen den verschiedenen Staaten Mitteleuropas ein normales Regime wirtschaftlicher Verbindungen aufrichten, das sich stütze auf die eigenen Interessen eines jeden dieser Staaten.

Schweiz.

Keine Verlegung des Roten Kreuzes.

Genf, 26. Jan. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das seither beständig in dieser Stadt ansässig gewesen ist, bezeichnet die Nachricht, daß der Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz nach Paris oder Brüssel verlegt werde, als vollständig grundlos.

Ablehnung der dritten Internationale.

Bern, 26. Jan. Bei der Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurden 25 324 Stimmen gegen und 8723 Stimmen für den Beitritt zur dritten Internationale abgegeben.

Frankreich.

Flucht der Franzosen aus Aleppo.

Moskau, 26. Jan. Hier sind Meldungen von einem großen Aufstand eingetroffen, der im Gebiet von Aleppo gegen die Franzosen ausgebrochen sei. Die französischen Truppen hätten Aleppo verlassen, wobei ihnen die Araber drei Geschütze, viele Maschinengewehre und Gefangene abgenommen hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0001
DFG

Kommunistenverhaftungen in Paris.

Paris, 26. Jan. Bei einer Razzia der hiesigen Polizei wurden 700 Personen verhaftet, von denen der größte Teil im Verdacht steht, kommunistische Propaganda zu betreiben. Die Polizei von Paris hat strenge Anweisungen erhalten, mit der größten Schärfe gegen die bolschewistischen Agitatoren vorzugehen.

England.

Das englisch-russische Handelsabkommen.

London, 25. Jan. (WTB.) Gestern abend wurde vom Handelsamt der Wortlaut des Entwurfs für das Handelsabkommen zwischen der britischen und der russischen Räteregierung veröffentlicht. Die beiden wichtigsten Punkte beziehen sich auf die Ernennung britischer und russischer offizieller Agenten, die unter anderen Privilegien die Befreiung von Verhaftung und Durchsuchung genießen, und auf die Garantie der britischen Regierung gegen die Beschlagnahme russischen Geldes.

Rückzug der britischen Truppen in Mesopotamien.

London, 26. Jan. Der Daily Chronicle meldet, daß die indischen Truppen in Mesopotamien sich zurückzögen. Es sei möglich, daß die Briten Mesopotamien räumen.

Konstantinopeler Meldungen berichten über den Zusammenschluß der Araber und Türken, unterstützt von Moskau, der sich gegen die Alliierten richtet. Die Zeitungen von Angora veröffentlichten kürzlich eine von den Führern 12 großer Araberstämme in Mesopotamien unterzeichnete Erklärung, in der gegen die imperialistischen Pläne der Alliierten in der moslemischen Welt protestiert wird.

Rußland.

Anerkennung der Randstaaten durch die Alliierten.

Paris, 26. Jan. Nach dem „Matin“-Bericht über die heutige Nachmittagssitzung hat die Konferenz in kurzer Sitzung beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die rechtliche Anerkennung Litauens aber müßte aufgeschoben werden bis zur endgültigen Regelung der Frage von Wilna, mit der der Völkerbund betraut worden sei. Die Konferenz erklärte formell, der Anerkennung Georgiens günstig gegenüber zu stehen, wenn seitens dieses Staates ein formelles Ersuchen gestellt wird.

Griechenland.

Zusammentritt und Vertagung der Kammer.

Athen, 26. Jan. Unter Anwesenheit des Kabinetts trat heute die Kammer zusammen. Der Präsident machte den Vorschlag, den Zusammentritt auf den kommenden Montag zu vertagen, da 60 Mandate noch unerledigt seien. Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben und vertagt. Die Oppositioskreise warten die Entschlüsse der Pariser Konferenz ab, wovon die Festigung oder Umbildung der Regierung abhängen soll.

Spanien.

Dato soll die neue Regierung bilden.

Paris, 26. Jan. Havas meldet aus Madrid, der König habe Dato mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Japan.

Amerikanisch-japanische Einigung über die Ansiedlungsfrage.

London, 26. Jan. Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wurden die Verhandlungen mit der japanischen Botschaft in den Vereinigten Staaten bezüglich der kalifornischen Ansiedlungsfrage und der Festsetzung der Rechte japanischer Bürger in den Vereinigten Staaten zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht. Die Beschlüsse bedürfen noch der Zustimmung der beiden Regierungen.

Vereinigte Staaten.

Einladung zur alliierten Orientkonferenz.

Paris, 26. Jan. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, sollen die Vereinigten Staaten eingeladen werden, zur Orientkonferenz nach London, die am 21. Februar beginnt, Vertreter zu entsenden.

*

Deutschland.

Der Ausschuß zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung beriet gestern über sein weiteres Arbeitsprogramm. Der demokratische Abg. Delius, auf dessen Antrag hin der Ausschuß eingesetzt ist, wies darauf hin, daß diese Einsetzung große Befriedigung hervorgerufen habe. Nun müsse aber endlich positive Arbeit geleistet und endlich gespart werden. Schematische Streichungen freilich, wie sie der Reichsrat vornehme, seien nicht immer am Platze. Besondere Ausschüsse für die einzelnen Verwaltungen müßten deren Vereinfachung studieren. Dies sei aber nur in den Parlamentsferien möglich. Das Material des Finanzdiktators müsse vorgelegt werden. Man brauche aber die Mithilfe der Beamten selbst. Es müsse ihnen klar gemacht werden, daß nur durch möglichste Verringerung des Beamtenheeres ihre wirtschaftliche Zukunft gesichert werden könne. Wohl erworbene Rechte müßten gewahrt werden. Minister Koch protestierte gegen den ihm in der Presse gemachten Vorwurf der Verschleppung; er müsse zu den Vorschlägen Stellung nehmen und sie unter Umständen verbessern. Eine Vereinfachung sei dringend nötig. Es wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Vorschläge des Finanzdiktators und die Äußerungen der Regierung hierzu als Material vorgelegt werden sollen.

Die erste Sitzung des Beamtenausschusses.

Der Reichstag hat unter dem 16. Dezember 1920 einen ständigen Ausschuß von 21 Mitgliedern für Beamtenangelegenheiten eingesetzt. Dieser Ausschuß hielt am 26. Januar seine erste Sitzung ab und erhob dagegen Einspruch, daß der Beamtenausschuß nicht bei der Regelung der Teuerungszulagen befragt worden sei.

Eine deutsche Siedlungsgenossenschaft in Mexiko zusammengebrochen.

Berlin, 26. Jan. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist die Mexiko-Siedlungsgenossenschaft mit dem Sitz in Berlin und in Mexiko zusammengebrochen. Es läßt sich zurzeit noch nicht einwandfrei feststellen, ob die Mitglieder einem groß angelegten Schwindel zum Opfer gefallen sind, insbesondere ob ein strafbares Verschulden einzelner Personen in der Leitung vorliegt, oder ob die Leitung im guten Glauben an die Durchführbarkeit des Siedlungsplanes gehandelt hat. Obwohl keine Aussichten auf eine Sanierung der Gesellschaft vorhanden sind und selbst die Rettung auch nur eines Teiles der von den Mitgliedern angelegten Werte sehr zweifelhaft ist, werden von unverantwortlicher Seite die Werbungen von Mexiko aus fortgesetzt. Es kann daher nur dringend auf die schweren Folgen hingewiesen werden, die durch übereilten Anschluß an zweifelhafte Unternehmungen dieser Art entstehen können.

Die deutschnationale Katastrophenpolitik bei der Berliner Oberbürgermeisterwahl.

Jetzt endlich nimmt die parteiamtliche Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei dazu Stellung, daß in Berlin ein Teil der deutschnationalen Stadtverordneten für den Unabhängigen Weyl gestimmt habe. Sie sucht die Frage, ob der Berliner Bürgermeister sozialistisch oder bürgerlich sei, als „sachlich belanglos“ hinzustellen. Schließlich aber kann das offizielle deutschnationale Organ doch nicht anders, als den Berliner Freunden folgende Rüge zu erteilen: „Immerhin wird man sehr zweifelhaft sein müssen, ob eine Entscheidung deutschnationaler Stadtverordneter für Weyl zweckmäßig war und in der Richtung der deutschnationalen Gesamtpolitik lag, und diese Zweifel werden in weitesten Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei geteilt.“ — Ach, die Allein-Nationalen und Allein-Christlichen sind noch sehr zweifelhaft über diese Katastrophenpolitik!

Provinz und Nachbarländer.

† **Zeitz, 26. Jan.** Die Quäkerspeisungen können voraussichtlich am 1. Februar d. Js. ihren Anfang nehmen, falls bis dahin die erste Lebensmittelsendung eintrifft. Die umfangreichen Vorarbeiten sind bereits durch einen hierfür gebildeten Ausschuß erledigt worden. Demnächst werden alle Kinder, die als speisebedürftig bezeichnet sind, untersucht, gemessen und gewogen. Auf Grund der hierbei ausgestellten Gesundheitszensuren erfolgt die Auswahl zu der festgesetzten Zahl 700. Die Speisungen sollen nicht die Mittagsmahlzeit ersetzen.

† **Erfurt, 26. Jan.** Heute nachmittag gegen 2 Uhr fuhr auf dem hiesigen Güterbahnhof der Personenzug 615 einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteile eines Personenwagens eingedrückt. Es sollen zahlreiche Personen verletzt sein. Nach dem amtlichen Bericht sind bei dem Eisenbahnunglück auf dem Erfurter Güterbahnhof 14 Personen, darunter einige Schüler, schwer verletzt worden. Todesfälle sind nicht vorgekommen. Der Materialschaden ist groß.

*

Die Amerika-Wollhilfe in der Provinz Sachsen.

Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat in der letzten Sitzung seines Arbeitsausschusses einen Verteilungsplan für eine Riesenspende des amerikanischen Roten Kreuzes genehmigt, deren Wert auf etwa 20 Millionen Mark veranschlagt werden kann. Es handelt sich um rund ½ Million Ellen Flanell und zahlreiche Kisten mit Unterzeug, Kleidern, Garn und Flanellstücken. Durch diesen Verteilungsplan ist dafür Sorge getragen, daß derjenige Teil der Sendung, der von den Spendern nicht an bestimmte Adressen aufgegeben worden ist, über das ganze Deutsche Reich nach Maßgabe der Notlage unter Berücksichtigung der Wohlfahrtsausschüsse derjenigen Kommunalverbände verteilt worden ist, die bisher mit Textilien noch am wenigsten bedacht werden konnten. In der Provinz Sachsen wurden bedacht: Bitterfeld, Calbe, Eisleben, Erfurt, Grafschaft Hohenstein, Halberstadt, Halle, Heiligenstadt, Magdeburg, Mansfelder Gebirgskreis, Merseburg, Mühlhausen, Naumburg, Nordhausen, Quedlinburg, Salzwedel, Schleusingen, Wanzleben, Weißenfels, Worbis und Zeitz.

Der Zweigverband Sachsen-Anhalt des Deutschen Müllerverbandes hielt in Magdeburg seine Hauptversammlung ab. Über die Gründung einer Müller-Bank, die in der Ausschußsitzung des Verbandes in Dresden besprochen wurde, hegte man Zweifel, da die Finanzierung des Unternehmens schwierig sei. Die Tätigkeit des Gesamtverbandes und sein Verhältnis zu den örtlichen Mühlenvereinigungen legte Direktor Barninger (Magdeburg) dahin aus, daß letztere nur als Konkurrenzorganisation gegen den Verband gegründet und daher schädlich sei, stieß aber in der Versammlung auf Widerspruch. Eine baldige einschneidende Veränderung in der noch bestehenden Getreidezwangsbewirtschaftung wurde gefordert.

Die Kleinhandelshöchstpreise in Weißenfels sind vom 26. Januar ab folgende: Möhren das Pfund 0,50 ℳ, Wirsingkohl 0,80 ℳ, Wirsingkohl (holl.) 1,10 ℳ, Weißkohl 0,60 ℳ, Weißkohl (holl.) 1,10 ℳ, Rotkohl 0,80 ℳ, Rotkohl (holl.) 1,15 ℳ, Rosenkohl 1,80 ℳ, Blumenkohl Stück 0,75—3,25 ℳ, Kohlrabi das Pfund 0,40 ℳ, Zwiebeln 1,10 ℳ, Sellerie Stück 0,70—1 ℳ, Spinat das Pfund 0,80 ℳ, Porree 0,85 ℳ, Kohlrüben 0,25 ℳ, Grünkohl 0,80 ℳ, Käse, lange, Stück 1 ℳ, Käse, runde, 0,55 ℳ, Tafelbirnen das Pfund 1,80 ℳ, Tafeläpfel 1,80 ℳ, Wirtschaftsäpfel 1,20 ℳ, Zitronen Stück 0,50—0,75 ℳ, Schmalz das Pfund 16—18 ℳ, inl. Margarine 13—14,50 ℳ, Gänse, lebend, 8,50 ℳ, Gänse, geschlachtet, 11 ℳ, Enten, lebend, 8 ℳ, Enten, geschlachtet, 10,50 ℳ, Hühner, lebend, 6 ℳ, Hähnchen, lebend, 5,50 ℳ, Tauben Stück 5—6 ℳ.

Die starke Zunahme der Tuberkulose in Thüringen.

Die Tuberkulose nimmt auch im Bereiche der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in erschreckendem Maße zu. Deshalb ist eine Erweiterung der Frauenheilstätte Römhild nicht mehr zu umgehen. Durch Aufstellung eines leichten Fachwerkhauses ist es möglich, Raum für 25 Pfleglinge, sowie eine größere Liegehalle zu beschaffen. Zu diesem Zweck sollen 500 000 ℳ in den Voranschlag eingestellt werden.

Kleine Rundschau in der Provinz.

In Gotha wurden auf dem Güterbahnhof in der Nacht zum 20. Januar drei Waggons erbrochen und eines Teiles ihres Inhalts beraubt. Vier Rangierarbeiter und ein Weichensteller sind verhaftet worden. — Auf der Straße von Kürbitz nach Schlöpitz bei Altenburg wurde der 74jährige Handarbeiter Reisemann aus Röthenitz von einem jungen Burschen überfallen und seiner Barschaft von 1500 ℳ beraubt. — Nach einer Meldung aus Rohr ist der U-Boot-Kapitän König, der dort 1865 geboren wurde, verschollen. Er war Kapitän des Hochseefischdampfers „Senator Michaelis“, den die Cuxhavener Hochseefischerei A.-G. als verloren bekannt gibt.

Merseburg und Umgegend.

27. Januar.

In letzter Stunde!

Oberschlesier, erfüllt Eure Pflicht!

Nach verschiedenen Nachrichten herrscht bei den abstimmungsberechtigten Oberschlesiern noch vielfach Unkenntnis darüber, daß die Frist für die Eintragung in die Stimmlisten am 31. Januar 1921, abends 6 Uhr, abläuft. Bis zu diesem Tage muß jeder Oberschlesier seine Eintragung in die Stimmlisten veranlaßt haben. Nach dem 31. Januar eingehende Anträge können auf keinen Fall berücksichtigt werden und die Säumigen gehen daher ihres Abstimmungsrechtes verlustig. Dieses zu vermeiden ist Pflicht jedes Oberschlesiers, der seine Heimat nicht an Polen fallen lassen will. Deshalb sorge jeder Abstimmungsberechtigte sofort nach den ihm bekannten Weisungen, daß sein Name in die Stimmlisten eingetragen wird.

Infolge Veröffentlichung der über polnischen Terror vorliegenden Nachrichten herrscht vielfach hier und da in den Kreisen der Abstimmungsberechtigten Besorgnis vor Gewalttätigkeiten oder sonstigen Schwierigkeiten gelegentlich der Reise zur Abstimmung. Diese Besorgnis ist nicht gerechtfertigt, und es werden genügend Maßnahmen zum Schutze der Abstimmenden getroffen.

Es wäre falsch, sich aus diesem Grunde nicht in die Abstimmungsliste einzeichnen zu lassen und die Reise nach Oberschlesien nicht anzutreten.

Es steht zu viel auf dem Spiele, um sich durch leere Drohungen einschüchtern zu lassen, sein Abstimmungsrecht auszuüben.

Deshalb ergeht noch einmal der Ruf an sämtliche Oberschlesier: **„Keine Stimme darf fehlen, jeder erfülle seine Pflicht! Oberschlesier, sorgt dafür, daß Ihr bis zum 31. Januar 1921 in die Stimmlisten eingetragen werdet!“**

*

** **Die Einsichtnahme in die Wählerlisten muß vom 23. Januar an mindestens 8 Tage lang erfolgen können.** Die Gemeinden sind jedoch auch berechtigt, die Listen 14 Tage lang auszulegen. Jeder Wahlberechtigte hat während dieser Zeit die Pflicht, sich davon zu überzeugen, daß sein Name in die Liste aufgenommen worden ist. Einwendungen gegen die Liste sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde oder deren Beauftragten schriftlich anzuzeigen oder zu Protokoll zu geben. Die Entscheidung darüber wird dem Beteiligten binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist bekanntgegeben. Wer am Wahltage sein Wahlrecht an seinem Wohnort nicht ausüben kann, hat die Ausstellung eines Wahlscheines zu beantragen. Der Antrag kann in kleineren Gemeinden noch am Tage vor der Wahl gestellt werden.

** **Zur Aufklärung für Invalidenrentenempfänger.** Vom 1. Januar 1921 ab wird denjenigen Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung — das sind Invalidenrenten, Altersrenten, Krankenrenten, Witwenrenten, Witwerrenten und Waisenrenten — die eine Zulage beziehen, eine Beihilfe gezahlt. Die Beihilfe steht indes solchen Personen, die Militärversorgungsgebührnisse irgendwelcher Art beziehen, nicht zu. Um hiernach unrechtmäßige Zahlungen zu vermeiden, haben alle Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, die keine Militärversorgungsgebührnisse erhalten, eine dahingehende schriftliche Erklärung zu der ihnen von der Post ein Vordruck zugestellt wird, abzugeben. Irgend eine andere Bewandnis hat es mit dieser Erklärung nicht, insbesondere ist daraus nicht etwa eine Kürzung der Rentenbezüge zu befürchten.

** **Der Umtausch der Arbeiter-Legitimationskarten für ausländische Arbeiter** ist vom Arbeitgeber beim zuständigen Polizeirevier zu beantragen; gleichzeitig ist eine Gebühr von 30 ℳ zu hinterlegen. Die letztere erhöht sich auf 75 ℳ, wenn der Antrag nach dem 28 Februar gestellt wird. — Von jetzt ab gelangen nur noch zwei Arten von Legitimationskarten zur Ausgabe, nämlich grüne für landwirtschaftliche und eine weiße für alle anderen Arbeiter. Beim Übertritt

---

Ich schloß mich den Männern an, die von der Wahrheit durchdrungen sind, daß das deutsche Volk so gut als irgend eines zur vollen politischen Mündigkeit und damit zu nationaler Stärke und Ehre berufen sei.

Ludwig Uhland.

Das Saargebiet vom November 1918 bis jetzt.

Von einem Flüchtling geschildert.

(Nachdruck verboten.)

Wie bekannt, mußte die Linie Südspitze Luxemburg-Saarlouis-Saarbrücken bis zum 21. November 1918 von deutschen Truppen geräumt sein. Der Franzose folgte auf dem Fuße. Die gesamte Verwaltung wurde in Militärverwaltung umgewandelt, die Bewegungsfreiheit der Bewohner beschränkt, Packzwang eingeführt, die Presse unter Zensur gestellt usw. Die größeren Plätze wurden mit Lebensmitteln und zwar solchen, deren die Bevölkerung durch den Krieg entwöhnt war, Fett, Weißmehl, Schokolade überschwemmt. Nach einiger Zeit lockerte man die Zwangsmaßregeln etwas. Der Straßenverkehr wurde bis 9 Uhr abends erlaubt, auch der Reiseverkehr von Ort zu Ort nach Ausstellung der sogenannten sanu conduite gestattet. Die Erlangung derselben war aber mit solchen Schwierigkeiten verbunden, daß die Bewohner nur in dringendsten Fällen davon Gebrauch machten. Die Offiziere suchten Anschluß in besseren Kreisen zu bekommen, fanden aber verschlossene Türen. Man führte den französischen Unterricht in den Schulen ein, errichtete auch Sprachkurse für Erwachsene. Der Besuch war ein so geringer, daß man die Sache bald fallen ließ. Der Franzose sah ein, so war dem durch und durch deutschgesinnten Saarländer nicht beizukommen, nun sollte die Knute helfen. Der Paßzwang wurde verschärft. Wer außerhalb des Hauses ohne Ausweis angetroffen wurde, wurde bestraft. Betrag stets in Franken zahlbar. Lachenden Mundes, so schwer es oft fiel, wurde bezahlt. Man verschärfte die Strafbestimmungen noch weiter dadurch, daß man mit öffentlichem Arbeitsdienst bestrafte. Damen mit Hut und Schleier fegen Kasernenhöfe, ausgerechnet solche Kasernen, in denen Schwarze einquartiert sind, die dabei stehen, ihre Bemerkungen machen und lachen; Herren im Gehrock und Zylinder waschen Autos, die von Anamiten gefahren werden.

Der Frank steigt bis auf 8 ℳ, die Lebensmittelpreise natürlich mit. Die achtmal kaufkräftigere französische Grenzbevölkerung kauft den Saarstaat aus, es geht soweit, daß Not eintritt, da an einen Nachschub von Deutschland nicht zu denken ist. Der Franzose kauft jedes Objekt, ob Haus oder Grundstück an, so daß man ruhig sagen kann, daß heute das halbe Saarbrücken, und meistens größere Werke, in französischen Händen sind. Auch in den Kreisen der Industrie sucht er Einfluß zu gewinnen. Er oder seine Hintermänner kauften alle nur zu bekommenden Aktien auf. Heute ist im Saargebiet kaum noch ein größeres Werk, das nicht Franzosen als tonangebende Teilhaber hätte. Ja, es ging in einzelnen Fällen so weit, daß Werke (Burbacherhütte mit einer Belegschaft von 10 000; Gebr. Stumm-Neukirchen mit 12 000 Arbeitern) ganz in französischen Besitz übergingen. Der französische Handel machte sich breit. Schieber- und Wuchertum fanden geeigneten Boden. Diese Umstände führten dazu, daß es im Oktober v. J. zu Unruhen kam, die in Plünderungen ausartete. Etwas Gutes haben sie im Gefolge. Es wird ein Grenzschutz gebildet, der das über die Grenze schaffen von Lebensmitteln unterbinden soll. Die Bergbaubevölkerung, der weitaus größere Teil der Bewohner erhält bessere Lebensbedingungen. Die Bergleute erhalten genügende und billige Lebensmittel. Pro Kopf der Familie pro Woche 1 Pfd. Erbsen, Bohnen, Reis, Mehl, Graupen usw. zum Preise von 1 ℳ pro Pfund. Den Rest legt die französische Bergverwaltung hinzu. Hierdurch steigen die Kohlenpreise aufs Neue. Sodann wird ein Wirtschaftsrat aus 36 Personen bestehend, gebildet. Er soll das Bindeglied sein zwischen der konsumierenden Bevölkerung und dem „ravitaillement de la Sarre“ dem französischen Lebensmittelamt. Wohin die Wirtschaftspolitik der Franzosen geht, zeige folgendes Beispiel: Gefrierfleisch (anderes hat man im Saargebiet seit der Besetzung nicht gesehen) kostet im Schlachthof zur Ausgabe bereit 11,80 ℳ pro Pfund, muß aber auf Anordnung bis zum März für 3 ℳ verkauft werden. Die Stadt legt im März an Fleisch allein 2⅓ Millionen zu, ähnlich geht es mit Mehl, Kartoffeln usw. Wo der Franzose hinaus will, ist durchsichtig. Wenn die Kommunen überlastet, verschuldet sind, nicht mehr können, spielt er sich als Retter in der Not auf, um letzten Endes mit seiner Abrechnung kommen zu können.

Man geht nun auch daran, die Post- und Eisenbahnverhältnisse des neuen Staates zu regeln. Den Gedanken, eine eigene Oberpostdirektion zu bilden, läßt man fallen. Wohl aber beschert man dem Lande neue Wertzeichen. Es sind dies die bisher gebräuchlichen deutschen resp. bayerischen Marken mit dem Aufdruck Sarre. Allgemeine Entrüstung, allgemeiner Protest. Die Folge ist, diese werden zurückgezogen, es erscheinen solche mit dem Aufdruck „Saargebiet“. Die bayerischen Teile des Eisenbahnnetzes löst man von der Direktion Ludwigshafen ab und vereinigt sie mit den preußischen zu der Direktion Saarbrücken. Die eigentliche Direktion muß unter dem Namen Eisenbahn-Stamm-Direktion Saarbrücken nach Trier auswandern. Allen uniformierten Beamten wird der Gruß zur Pflicht gemacht; auch wird ihnen mitgeteilt, daß sie, bevor sie von der neuen Verwaltung übernommen werden, eine sechsmonatliche Probezeit zu absolvieren haben.

Diese Umstände geben die Veranlassung, daß es Ende März im Saargebiet zu Kundgebungen kommt, die vollständig in Ruhe verlaufen. In Saarbrücken erklären in drei Kartellversammlungen 200 000 Personen, nicht nur Beamte: „Wir Saarländer sind Deutsche, wir wollen vom französischen Wesen nichts wissen!“ Ähnlich war es an anderen Plätzen Volkingen, Saarlouis, Neunkirchen usw. Diese Kundgebungen konnten die Franzosen nicht verheimlichen. Die Welt wird aufmerksam, der Völkerbund meldet sich und ernennt run die so lange erwartete Regierung.

Der erste Militärverwalter General Andelasser wird, da er der französischen Regierung nicht scharf genug vorgegangen war, abberufen, an seine Stelle tritt General Wirbel. Nach zirka 6 Wochen trifft die neue Regierung ein. Als Präsident ein Franzose, sodann ein Engländer, ein Amerikaner, ein Däne und ein Saarländer. Sie beginnt ihre Tätigkeit damit, daß sie durch einen Erlaß, den sie anscheinend fertig aus Paris mitbrachte, den Bewohnern deutsche Sprache, deutsche Gesetze, Pressefreiheit, Zollfreiheit, Schutz der persönlichen Sicherheit und des Eigentums, Vereins- und Versammlungsrecht und ein Parlament zusichert.

Ein Aufatmen geht durch das Land; jetzt wird es anders, besser!

Aber wie wurde es? Deutsche Sprache kann man nicht ausrotten; deutsche Gesetze haben, soweit sie vor dem November 1918 bestanden, Gültigkeit. Alle späteren unterliegen betreffs ihrer Einführung der Genehmigung der Regierung, die diese in die Länge zieht oder ablehnt. Pressefreiheit; Zensur besteht nicht mehr, aber welcher Schriftleiter kann es wagen, etwas zu bringen, daß nicht im Sinne der französischen Militärmacht oder der Regierung wäre? Er wird kalt gestellt, die Verhaftungen und Ausweisungen der letzten Tage beweisen dies. Zollfreiheit; Zoll wird nicht erhoben, wohl aber hat der Franzose etwas Neues erfunden, um den deutschen Handel zu schädigen, ja ihn ganz zu unterbinden. Er erhebt an den Grenzübergangsstellen Saarhölzbach, Namborn, Einöd, Homburg eine statistische Gebühr von 1,50 ℳ zur Rolle. Außerdem muß jeder Sendung das deutsche Ursprungszeugnis beigefügt sein, und neuerdings soll dieses von einem französischen Konsulat visiert sein. In Deutschland sind aber bis jetzt außer in Berlin und im besetzten Gebiet keine Konsulate. Für den Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums sprechen wohl am besten die Verhaftungen der letzten Zeit, die in die Hunderte gehen, die Internierungen der früheren Soldaten usw. Vereins- und Versammlungsrecht. Jede Versammlung muß mindestens fünf Tage vorher angemeldet sein. Beamte dürfen rechtsrheinischen Verbindungen nicht angehören, in den Vorstand dürfen nur aktive Beamte gewählt werden. Parlament; bis heute weiß noch Niemand, wann und wie es gewählt wird. Es steht wie alle Versprechen auf dem Papier. Den Grenzschutz und den Wirtschaftsrat löst man kurzerhand auf. Alle leitenden Stellungen werden mit Ausländern, meistens Franzosen besetzt. Der Polizeidirektor ist ein Franzose. Das Spitzelwesen, nicht nur bei der politischen Polizei, nimmt überhand. Haussuchungen und Schikanen aller Art sind die Folge. Das Gerichtsverfahren löst man vom deutschen ab, bildet ein neues Obergericht mit dem Sitz Saarlouis. An seiner Spitze als Präsident der als Deutschenhasser bekannte Schweizer Noppold. Der Bergbezirk wird abgetrennt vom Oberbergamt Bonn und mit Franzosen als Leiter ein Oberbergamt Saarbrücken gegründet. Der demselben unterstellte Knappschaftsverein kann ohne deutsche Anlehnung nicht bestehen, wo bleiben die Pensionen der Bergleute, Witwen und Waisen?

Laut Friedensvertrag soll das Gebiet weder von deutschen noch französischen Truppen besetzt sein. Die Regierung verlangt die Aufstellung einer aus geborenen Saarländern bestehenden Polizeitruppe in Stärke von 3000 Mann. Sie weiß, es ist dies unmöglich. Der Franzose bleibt solange, wie er sagt, zum Schutze im Lande.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0002
DFG

bereits legitimierter Arbeiter von einem landwirtschaftlichen in ein industrielles oder gewerbliches Arbeitsverhältnis und umgekehrt, ist die Ausstellung einer neuen Legitimationskarte unter Beifügung der alten ebenfalls im Polizeirevier zu beantragen. Die Ausstellung der neuen Karte erfolgt gegen Bezahlung von 10 ℳ. Die Karten müssen mit einem von der Polizeiverwaltung gestempelten Lichtbild des Inhabers und dem Untersuchungsbefund eines Arztes versehen sein. Ersatzkarten kosten 5 ℳ. Jeder ausländische Arbeiter und jede ausländische Arbeiterin (ausschließlich Kopfarbeiter) müssen im Besitze einer Arbeiter-Legitimationskarte sein, wenn sie das deutsche Gastrecht genießen wollen.

** **Einreichung von Lohnlisten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer.** Im Anzeigenteil der heutigen Zeitung erläßt das Finanzamt eine öffentliche Aufforderung über die Einreichung von Lohnlisten zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer. Jeder, der Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt im Kalenderjahr 1920 länger als zwei Monate beschäftigt hat, wird aufgefordert, in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1921 eine Lohnliste einzureichen, in der Namen, Stellung, Wohnung und Einkommen dieser beschäftigten Personen anzugeben sind. Die Lohnlisten sind getrennt nach den Wohnorten der Gehaltsempfänger oder den einzelnen Steuerbezirken aufzustellen. Für die Lohnlisten dürfen nur vorgeschriebene Vordrucke benutzt werden. Auch Behörden, Anstalten, Vorstände juristischer Personen usw., die Angestellte beschäftigen, haben dieser Aufforderung nachzukommen.

** **Verzinsung von Auszahlungen auf die Umsatzsteuer.** Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß dem nach § 11 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes steuerpflichtigen Personen, die auf ihre Umsatzsteuerschuld Anzahlungen bis zur Fälligkeit — spätestens bei noch nicht erfolgter Veranlagung — bis zum Ablauf des 3. Kalendermonats nach Schluß des Steuerabschnitts leisten, Zinsen in der Höhe von 5 v. H. vom Tage der Zahlung ab vergütet werden. Eine Vergütung von Zinsbeträgen unter 5 ℳ findet nicht statt. Um einen besonders starken Anreiz auszuüben, daß unmittelbar nach Jahresbeginn Anzahlungen in größerem Umfange geleistet werden, ist bestimmt worden, daß die Zinsvergütung für Anzahlungen, die bis zum **31. Januar 1921 bei den Umsatzsteuerkassen** eingehen, 6 v. H. sein soll.

** **Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände.** Wer sich nach dem neuen Gesetz vom 18. Dezember 1920 des Schleichhandels, der Preistreiberei oder der verbotenen Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schuldig macht, wird mit Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und einer Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt. Außerdem wird auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt. Der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wird untersagt und kann erst zwei Jahre nach Verbüßung der Strafe wieder gestattet werden. Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, werden beschlagnahmt. Der Schuldige muß seine Verurteilung auf eigene Kosten bekanntmachen. Wird ein Ausländer wegen obiger Verbrechen verurteilt, so kann er nach Vollstreckung der Strafe aus dem Reichsgebiet verwiesen werden. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1921 in Kraft.

** **Wertbriefe von Deutschland nach Italien.** Vom 1. Februar an wird der Wertbriefverkehr zwischen Deutschland und Italien wieder aufgenommen. Der Höchstbetrag der Wertangabe beträgt 10 000 Franken. Wertkästchen werden vorläufig noch nicht wieder zugelassen.

** **Pakete nach dem Saargebiet.** Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion in Saarbrücken sind bestimmte Waren (hauptsächlich geistige und künstliche Getränke, Zucker, Salz, Tabakwaren, Zündwaren, Beleuchtungsmittel) im Saargebiet steuerpflichtig. Den Paketen mit steuerpflichtigem Inhalt ist außer der für die zollamtliche Abfertigung vorgeschriebenen Zollinhaltserklärung in französischer Sprache eine solche für Steuerzwecke in deutscher Sprache beizufügen. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

** **Den Absendern von Liebesgaben-Paketen aus den Vereinigten Staaten von Amerika** ist durch die amerikanische Postverwaltung empfohlen worden, durch den Vermerk: „Wenn unbestellbar, für die Armen" zu verfügen, daß unanbringliche Pakete dieser Art nicht nach dem Aufgabeorte zurückgesandt, sondern für die notleidende deutsche Bevölkerung verwertet werden. Die Postverwaltung wird derartige Sendungen im Falle der Unbestellbarkeit der Armenverwaltung des in der Aufschrift angegebenen **Bestimmungsortes zur Verteilung an die** Ortsarmen überweisen.

** **Post-Kuriosum.** Am 22. Dezember 1920 hatte ich per Postanweisung in Halle eine Einzahlung gemacht, die nicht ausgezahlt ward. Durch Schreiben vom 9. Januar 1921 erhob ich unter Beifügung des Postscheins Beschwerde und erhielt durch Zuschrift vom 22. Januar 1921 den Bescheid, daß auch der Adressat erklärte, er habe die Zahlung nicht erhalten. Sodann heißt es: „Der Nachweis über die Auszahlung kann jedoch aus betriebstechnischen Gründen erst Ende Februar erbracht werden. Wir werden die Nachforschungen zu diesem Zeitpunkte wieder aufnehmen und Sie von dem Ergebnis benachrichtigen". Gesetzt den Fall, es wären Unterhaltsgelder, so könnte der Adressat an der Post-Betrieb-Technik eine liebliche Freude haben. Schw.

** **Freiwillig aus dem Leben geschieden ist am heutigen Morgen** der Holzhändler und Sägewerksbesitzer E. Greif in der Lauchstedter Straße. Der in den besten Jahren stehende Mann setzte aus bisher unbekannten Gründen durch Erschießen seinem Wirken ein Ziel. G. hatte den Betrieb des Sägewerks von seinem verstorbenen Schwiegervater G. Winkler übernommen, war allgemein geschätzt und hatte seit einiger Zeit in äußerst rühriger und sachgemäßer Weise den Vorsitz im Haus- und Grundbesitzer-Verein inne. Bei dem Abgeschiedenen hatten angestrengteste Tätigkeit, geschäftliche Verluste und unerträgliche körperliche Schmerzen durch eine Kriegsverletzung seit einiger Zeit eine vollständige Nervenzerrüttung herbeigeführt, der er wohl schließlich in dieser Weise zum Opfer fiel.

** **Bildungsabend.** Am Montag den 31. Januar, abends 8 Uhr, wird Herr Geheimrat D. Dr. Ficker aus Halle im Schloßgartensalon einen Lichtbildervortrag über Brasilien halten. Anläßlich der großen Bedeutung, welche Südamerika jetzt für Deutschland hat, weist die Leitung der Bildungsabende die Besucher, besonders auch die Jugendlichen auf diesen wertvollen Vortrag hin. Der Abend wird vom Vaterländischen Frauenverein Merseburg-Stadt veranstaltet. Der Ertrag ist für das Mädchen-Kinderheim des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt bestimmt. Karten sind zu 4 und 2 ℳ bei Kaufmann Frahnert, sowie in den Buchhandlungen von Stollberg und Pouch zu haben. (Siehe Anzeige in dieser Zeitung.)

** **Die Bürger- und Handwerker-Vereinigung des erwerbstätigen** Mittelstandes veranstaltet am Montag den 31. Januar im Schützenhaus einen Vortragsabend. Der Syndikus des Werktätigen Schutzverbandes im Regierungsbezirk Merseburg, Dr. Schumacher, spricht über das Thema: „Wie stellt sich Handwerk und Gewerbe zur heutigen Wirtschaft" und Herr Müller spricht über die neue Reichseinkommensteuer. Wir verweisen auf die Anzeige in der heutigen Zeitung.

*

Wie sehen die Stimmzettel aus?

Vielfachen Anfragen kommen wir entgegen, indem wir nachstehend die Bestimmung des Ministers des Innern Severing über die Stimmzettel für die auf den 20. Februar 1921 anberaumten Wahlen zum Preußischen Landtag, zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen bekanntgeben:

1. Die Stimmzettel sollen eine Aufschrift tragen, aus der sich ergibt, für welche Wahl sie bestimmt sind („Landtag", „Provinz", „Kreis"). Die Aufschrift kann sich auf eine einzelne Wahl oder auf eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen beziehen.
2. Werden Stimmzettel ausgegeben, die für eine Mehrheit der gleichzeitig stattfindenden Wahlen (Landtag, Provinz, Kreis) bestimmt sind und eine entsprechende Aufschrift tragen, so ist es für die Entscheidung über die Gültigkeit der Stimme ohne Belang, in welchen der für Landtag, Provinziallandtag und Kreistag bestimmten Wahlzettelumschläge die Stimmzettel gesteckt sind.
3. Es ist zulässig, die Aufschrift auf dem Stimmzettel ganz oder teilweise zu streichen, letzteres soweit dadurch kein Widerspruch zu dem Aufdruck des Wahlumschlages herbeigeführt wird. Wird für die Wahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag nur ein Stimmzettel abgegeben, so gilt der Stimmzettel als für beide Wahlen abgegeben, sofern sich nicht ausdrücklich aus der Aufschrift das Gegenteil ergibt.
4. Stimmzettel ohne Aufschrift sind solchen gleichzustellen, bei denen die Aufschriften durchstrichen sind.

*

Die Preisverdoppelung der Invalidenmarken.

Zu der in den letzten Tagen viel erörterten Frage, ob für Beitragsmarken, die für Zeiten zwischen dem 1. August und 19. Dezember 1920 nach dem 18. Dezember gekauft wurden oder noch gekauft werden, der doppelte Wert zu bezahlen ist, wird uns von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Obwohl in den Verhandlungen im Reichstage von Seiten der Regierung ausdrücklich erklärt worden war, daß auch für die oben bezeichneten Beiträge der doppelte Wert zu entrichten sei, erschien am 13. Januar 1921 ein anscheinend vom Reichsversicherungsamte veranlaßter Artikel, in dem den Arbeitgebern geraten wurde, die für Zeiten vor dem 20. Dezember 1920 noch rückständigen Beiträge zu den bis dahin gültigen Sätzen von den Landesversicherungsanstalten anzufordern und im Falle der Weigerung das Streitverfahren gemäß § 1459 der Reichsversicherungsordnung zu beantragen.

Durch diesen Artikel, vielleicht auch durch Anfragen aus der Versammlung veranlaßt, hat der Vertreter des Arbeitsministeriums in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am 20. Januar 1921 nochmals ausdrücklich betont, daß für alle Beitragsmarken, die vom 20. Dezember 1920 an auch für Zeiten vom 1. August bis 19. Dezember 1920 von der Post gekauft werden oder gekauft worden sind, der doppelte Wert zu bezahlen sei, wobei es keinen Unterschied mache, ob die Markenverwendung bis zum 19. Dezember 1920 mit oder ohne Verschulden der Beteiligten unterblieben sei. Auch die Versicherungsanstalten seien nicht befugt, Marken zum einfachen Werte abzugeben. Derselbe Standpunkt ist in einer Sitzung am 21. Januar 1921 zwischen Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts und des ständigen Ausschusses der Landesversicherungsanstalten eingenommen worden. Dabei ist von Vertretern des Reichsversicherungsamts erklärt worden, daß durch den oben bezeichneten Artikel, mit dessen Veröffentlichung das Reichsversicherungsamt nichts zu tun gehabt habe, nur der Wert angegeben werden sollte, auf dem Beitragsstreitigkeiten im Instanzenzuge zu entscheiden seien.

Die Sachlage ist nun folgende: Es handelt sich nicht, wie immer noch irrtümlich angenommen wird, um eine Erhöhung der Beiträge für die Invalidenversicherung, sondern um eine besondere Abgabe, die zur Aufbringung der Mittel für die den Rentenempfängern vom 1. Januar 1921 an bewilligten Beihilfen notwendig war. Ob die ganz erheblichen Mittel, die diese Beihilfen erfordern, durch die Abgabe aufgebracht werden, erscheint zurzeit noch fraglich. Für etwaige Fehlbeträge haben aber nicht die Versicherungsanstalten aufzukommen, sondern sie sind vom Reiche zu decken. Demnach handelt es sich bei dieser Abgabe in erster Linie um Einnahmen des Reiches, nicht der Versicherungsanstalten.

Da der Neudruck von Marken mehrere Monate beansprucht hätte, war man auf die Weiterbenutzung der bisherigen Marken zu 90, 100, 110, 120 und 140 Pfennig angewiesen. Aus diesem Grunde mußte auch, um vorzubeugen, daß sich weite Kreise mit großen Mengen für Zeiten nach dem 20. Dezember 1920 eindeckten, der Markenverkauf sofort gesperrt werden. Hiermit, wie überhaupt mit dem Zustandekommen des Gesetzes haben die Versicherungsanstalten nichts zu tun gehabt. Sie sind, ebenso wie die Bevölkerung durch das Gesetz überrascht worden. Marken für Zeiten nach dem 1. August 1920 können und dürfen sie nicht zum einfachen Satze abgeben. Würden sie es trotzdem tun, so würden sie sich dem Reiche gegenüber ersatzpflichtig machen. Es hat deshalb gar keinen Zweck, sich wegen Überlassung von Marken an die Versicherungsanstalt zu wenden. Die schon jetzt zu Hunderten eingegangenen Anfragen und Anträge können unmöglich einzeln beantwortet werden.

Es wird im übrigen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für Zeiten vor dem 1. August 1920 noch die damals geltenden Marken verwendet werden können, die zu den alten Preisen von 18, 26, 34, 42 und 50 Pfennig bei den zuständigen Kontrollbeamten zu haben sind. Für Zeiten nach dem 1. August 1920 dürfen diese Marken aber unter keinen Umständen verwendet werden.

*

Für unsere Hausfrauen.

Ausgabe von Milchkarten für den Monat Februar im alten Rathause (Burgstraße) gegen Abgabe der Januar-Stammkarten am morgigen Freitag von 8—12½ und 3—7 Uhr für die Kunden der Verkaufsstellen Prall, Neumarkt, Seeburg, Unter-Altenburg, Meißner, Vorwerk, Kunze, Obere Breite Straße.

*

Wetterwarte.

V. W. am 28. 1. (Freitag): Zunächst heiter, trocken, kälter. Nachher wieder Trübung, gelinder, Niederschläge. — 29. 1. (Sonnabend): Meist wolkig bis trüb, gelinder, windig, Niederschläge.

---

§ **Meuschau,** 26. Jan. Als Amtsvorsteher im Amtsbezirk Meuschau ist Maurer Friedrich Klee in Venenien vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

§ **Kötzschen,** 26. Jan. Das Projekt über die Anlage einer Weiche und eines Aschenkippgleises des Ammoniakwerkes Leuna beim Überlandbahnhof Kötzschen liegt in der Zeit vom 26. Januar bis zum 8. Februar im Landratsamt zu Merseburg, Zimmer Nr. 1, aus.

§ **Großkayna,** 24. Jan. Das Postamt Großkayna teilt mit: Vom Montag den 31. Januar ab wird der Postschalter beim Postamt Großkayna geöffnet sein: Werktags von 8—11 vorm und 1½—5½ nachmittags, Sonntags von 8—9 vorm. Telegraphen- und Fernsprechdienst wird wie bisher Werktags von 7 vorm. (im Winter 8) bis 7 nachm. und Sonntags von 8—9 vorm. und 11 vorm bis 1 nachm. abgehalten.

§ **Schafstädt,** 26. Jan. Wegen grabschänderischen Diebstahls sind drei hiesige Bewohner, der Haupttäter mit sechs Wochen, die beiden Helfer mit je zwei Wochen Gefängnis bestraft worden. Sie hatten vor Weihnachten von Gräbern des hiesigen Friedhofs drei in jahrelanger Pflege schön herangewachsene Edeltannen abgesägt.

A. **Crumpa,** 26. Jan. Nachdem schon vor einiger Zeit hier ein Unterhaltungsabend stattgefunden hatte, bei dem der Reingewinn von 270,65 ℳ für die bedrängten Oberschlesier gesammelt werden konnte, ebenso eine freiwillige Sammlung einiger hiesigen jungen Mädchen in den Orten Lützkendorf, Crumpa und Neu-Biendorf die ansehnliche Summe von 920 ℳ erbrachte und zu demselben Zwecke abgeführt werden konnte, fand Sonntag abend im hiesigen Gemeindegasthofe ein zweiter Unterhaltungsabend unter Leitung der hiesigen Lehrer statt. Der Reingewinn sollte den bedrängten Oberschlesiern und der Kinderhilfe zufließen. Nach einem Begrüßungswort, in welchem der Zweck des Unterhaltungsabends klargelegt wurde, nahm der Abend einen harmonischen Verlauf. Ein Lustspiel, Gesänge der neugegründeten Chorvereinigung sowie musikalische Darbietungen wechselten einander ab und gestalteten den Abend zu einem genußreichen. Eine freiwillige Tellersammlung erbrachte die stattliche Summe von 605,65 ℳ. Die Summe soll, wie auch die vorhergehenden Sammlungen, fast restlos den bedrängten Oberschlesiern und der Kinderhilfe zufließen.

§ **Delitz a. S.,** 26. Jan. Als Amtsvorsteher des Amtsbezirkes Delitz a. S. ist der Lagerhalter Johann Schroeder in Muschwitz, als dessen Stellvertreter Arbeiter Reinhold Gottschalk in Muschwitz vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

§ **Kitzen,** 26. Jan. Als Amtsvorsteher des Amtsbezirkes Kitzen ist der Tischlermeister Emil Boltz in Thesau, als dessen Stellvertreter Schlosser Richard Stöbe in Zitzschen vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

§ **Lützen,** 26. Jan. Aus dem Neidelschen Garten sind in der vergangenen Woche 6 Johannisbeer- und 3 Stachelbeersträucher gestohlen und 2 abgebrochen worden.

§ **Lützen,** 26. Jan. Ein Erpresser konnte am 21. d. Mts. in Döhlen festgenommen und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt werden. Der 20jährige Bursche St. von hier hatte in den letzten Wochen Briefe an Landwirte in Starsiedel und Döhlen sowie an einen Obersteiger in Kulkwitz gerichtet und darin ersucht, Geldbeträge von 5000 ℳ an bestimmten Orten zu hinterlegen, andernfalls dieselben unangenehme Besuche zu erwarten hätten, wobei auch ihr Leben mit auf dem Spiele stände. Insgesamt wurden 20 000 ℳ gefordert. Am Nachmittage des 21. d. Mts. stellte sich nun der Erpresser ein, um die hinterlegte Summe an dem von ihm bestimmten Orte abzuholen. Sehr enttäuscht bemerkte er aber die wertlosen Papierschnitzel und sah sich zu seinem größten Schrecken auch noch verfolgt. Nur durch dauernde Postierung und Tag- und Nachtwachen war es gelungen, den gewinnsüchtigen Burschen zu ermitteln und der gerechten Strafe zuzuführen.

§ **Schkeuditz,** 27. Jan. Im hiesigen Forstbezirke, an der Maßlauer Linie, fiel ein gewaltiger Baumriese, eine Eiche der Art zum Opfer. 500 Jahre zählte ihr Alter, sie lieferte an Nutzholz 35 Festmeter und an Brennholz 75 Raummeter Derbholz. Acht Holzhauer benötigten 7 Tage, um den Zeugen längst entschwundener Zeiten zu fällen und aufzubereiten.

Mücheln und Umgegend.

H. **Lützkendorf** b. Mücheln, 27. Jan. Ein trauriger Vorfall ereignete sich hier in unserem Orte. Den 12jährigen Sohn des Grubenarbeiters Grobereck fanden am Mittwoch morgen Arbeiter der hiesigen Kohlengrube am Gartenzaun erhängt vor. Am vorhergehenden Abend spielte er noch mit mehreren anderen Kindern und sagte bei seinem Fortgehen, daß er sich erhängen werde. Der Grund soll darin zu suchen sein, daß er aus Angst vor Züchtigung diese unselige Tat beging. — Vor einigen Tagen erlaubten sich einige Spitzbuben in Zützschdorf die Unverfrorenheit, dem Landwirt Bauer einen nächtlichen Besuch abzustatten. Nachdem bei Bauer im vorigen Jahre schon ein fettes Schwein gestohlen wurde, stahlen sie diesmal 46 Hühner und drei Hähne. Der Sohn des Besitzers, welcher körperlich gebrechlich ist, hörte den Hofhund anschlagen, wagte sich jedoch nicht auf das Gehöft, und so konnten die Diebe ungestört ihr unsauberes Handwerk vollenden.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **„Ich bin ein Wucherer!"** Am Wuchergericht Kassel beantragte der Anklagevertreter kürzlich gegen einen dortigen Althändler, der einen für 40 ℳ gekauften alten Mantel für 250 ℳ wieder verkaufen wollte, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, 3000 ℳ Geldstrafe und Schließung des Geschäftes. Das Gericht nahm aber Rücksicht auf das Alter des Angeklagten und ersann eine andere Strafe: Der Althändler wurde zu 3000 ℳ Geldstrafe verurteilt, mit der Verpflichtung, dieses Urteil acht Tage lang in seinem Laden auszuhängen.

⊥ **Teilnahme an Demonstrationen innerhalb der Arbeitszeit Grund zu fristloser Entlassung.** Bei einer Remscheider Firma hatte sich ein Arbeiter am 16. November an einer Demonstrationsversammlung der Belegschaft, die innerhalb der Arbeitszeit stattfand, beteiligt; daraufhin wurde er, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß er bei einer Demonstration vorher bereits eine führende Rolle gespielt hatte, am 26. November von der Werksleitung fristlos entlassen. Der Arbeiter erhob daraufhin Feststellungsklage beim Gewerbegericht, daß die Werksleitung nicht zu der fristlosen Entlassung berechtigt sei. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht wurde von den Vertretern der Werksleitung und des Arbeitgeberverbandes geltend gemacht, daß in der Teilnahme an einer solchen Demonstration ein unbefugtes Verlassen der Arbeit zu erblicken sei, das gemäß § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung die Werksleitung zu sofortiger, fristloser Entlassung berechtige. Der Einwand des Gewerkschaftsvertreters, daß das Herausgreifen eines einzelnen aus der Gesamtheit der Demonstrierenden eine unbillige Härte darstelle, wurde von dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes mit dem Hinweis daraufhin bekämpft, daß das Gewerbegericht nicht über Billigkeit und Unbilligkeit zu befinden hätte, sondern lediglich über die reine Rechtsfrage. Das Gewerbegericht wies die Klage des Arbeiters ab. R.W.D.

Vermischte Nachrichten.

Die schwarzen Pocken in Posen.

Danzig, 26. Jan. Der Magistrat und die Gesundheitskommission der Stadt Posen geben durch Anschlag die Verbreitung der schwarzen Pocken in Posen bekannt.

Schneestürme und Überschwemmungen in Ostpreußen.

Königsberg, 26. Jan. Der schwere Weststurm in Ostpreußen hat in der Nacht zum Montag, verbunden mit riesigen Schnee-, Hagel- und Graupelschauern, aufs Neue mit verstärkter Heftigkeit eingesetzt. Das aus dem Frischen Haff mit großer Gewalt pregelaufwärts getriebene Wasser ist in der Stadt **Königsberg an mehreren** Stellen über seine Ufer getreten; das ganze Pregeldelta bis hinauf nach Tapiau und Wehlau bildet einen einzigen großen See, aus dem nur die hochgelegenen Eisenbahndämme und die Ortschaften, Inseln gleich, emporragen. Die Bewohner der Niederungsgegenden am Frischen und Kurischen Haff sind infolge des seit Wochen herrschenden „Schacktarps" vollständig vom Verkehr abgeschnitten; der bei Memel gestrandete Königsberger Dreimastschoner „Elsa" ist mitten durchgebrochen und völlig verloren. — Infolge des Sturmes ist die Telephonverbindung mit Danzig und dem Reiche vollständig gestört; Telegramme erleiden große Verzögerungen.

Schneeverwehungen und Telephonstörungen.

Im sächsischen Erzgebirge sind durch die niedergegangenen Schneemassen große Schneeverwehungen und sehr erhebliche Telephonstörungen eingetreten. Die Straßen sind zum Teil durch umgestürzte Telephonstangen und durch hohe Schneeverwehungen unpassierbar.

* **Vermögensbeschlagnahme wegen Steuerhinterziehung.** Eine aufsehenerregende Beschlagnahme ist auf Anordnung des Finanzamts 9 in Berlin verfügt worden. Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des städtischen Verkaufsvermittlers und Großhändlers Emil Janicke in Berlin, Landsberger Allee 128, ist, wie wir von maßgebender Stelle erfahren, wegen Steuerhinterziehung mit Beschlag belegt worden. Der Wert des beschlagnahmten Besitztums soll sich nach näheren Ermittlungen auf mehrere Millionen Mark beziffern. Janicke selbst hat sich vor kurzem unter Mitnahme bedeutender Barmittel ins Ausland begeben, in das er schon vor längerer Zeit größere Vermögensteile gebracht haben soll.

* **Als junger Opernkomponist** wird demnächst der 16jährige Sohn des englischen Operndirektors Sir Thomas Beecham an die Öffentlichkeit treten. Sein neues Werk heißt „Der Kaufmann von Venedig". Der Text ist von dem Komponisten selbst nach Shakespeare zusammengestellt worden. Adrian Beecham, der bereits mit 6 Jahren komponierte, hat schon früher zwei Opern, ein Ballett und kleinere Kompositionen verfaßt.

* **Die letzte Enkelin Ernst Moritz Arndts,** die verwitwete Frau Anna von Petersdorf, geb. Arndt, ist dieser Tage in Düsseldorf gestorben. Zahlreiche Urenkel leben noch in den verschiedensten Teilen Deutschlands.

* **Die weltberühmte Stradivarigeige,** die früher im Besitz des deutschen Kronprinzen war, ist bei einem Einbruch in Neu-Babelsberg gestohlen worden. Außer dieser Geige stahlen die Einbrecher noch eine andere Geige und zwei Geigenbogen und eine Alpakkasilbergarnitur. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen ist eine Belohnung von 10 000 ℳ ausgesetzt.

* **Aufgeklärter Mord.** Am 28. November 1920 wurde der Hegemeister Rudolph aus Oberbösa auf einem Reviergang von zwei Wilderern angeschossen. Kurze Zeit darauf ist er in seiner Wohnung den Verwundungen erlegen. Der Wachtmeister Faulhaber der Erfurter Kriminalpolizei hat jetzt die Täter festgestellt. Es handelt sich um den Zimmermann Paul Kirchner und den Bergmann Karl Schrickel, beide aus Jecha. Die Täter sind bereits in Sondershausen hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Mittwoch in Zürich **10,30 Centimes,** er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,65 Centimes gefallen.

= **Ermäßigung der Roheisenpreise.** Der Roheisenverband hat die Preise für Luxemburger Gießereiroheisen für Abschlüsse zur Lieferung im Monat Februar wie folgt festgesetzt: Luxemburger Gießereiroheisen III 1230 ℳ, Luxemburger Gießereiroheisen IV 1215 ℳ, Luxemburger Gießereiroheisen V 1200 ℳ je Tonne Frachtgrundlage Brebach, netto. Dies bedeutet eine Ermäßigung der bisherigen Preise um 270 ℳ je Tonne.

= **Preisermäßigung für Kupferrohre.** Der Kupferrohrverband in Köln hat mit sofortiger Wirkung die Preise für Kupferrohre um 200 ℳ auf 2997 ℳ für 100 Kilo ermäßigt.

= **Dachpappenpreise.** Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hat seine Richtpreise neuerdings wie folgt festgesetzt: 80er 7.80 ℳ, 100er 6,30 ℳ, 150er 4,30 ℳ, 200er 3,50 ℳ für den Quadratmeter bei waggonweisem Bezug auf den Verladebahnhof des Verkäufers geliefert gegen gleiche Barzahlung.

= **Wiederaufnahme des deutschen Schiffsverkehrs mit Spanien und Finnland.** Mit Beginn dieses Jahres haben zwei der führenden Bremer Reedereien, der Spediteur-Verein Hermann & Theilnehmer wieder einen bedeutenden Schritt zur Wiederbelebung der deutschen Handelsschiffahrt getan, indem regelmäßige Schiffsverbindungen mit deutschen Dampfern zwischen Bremen und Spanien und zwischen Bremen und Finnland eingerichtet wurden. Die nach Spanien fahrende Linie fertigt Dampfer in regelmäßigen 10—14tägigen Abständen von Bremen aus ab, während der Verkehr nach Finnland zunächst dreiwöchentlich stattfindet; im kommenden Frühjahr wird aber auch dieser Verkehr noch weiter ausgedehnt werden, sobald die finnischen Häfen wieder sämtlich eisfrei sind. Allen an dem Handel mit Spanien und Finnland beteiligten Firmen ist die Unterstützung dieser neuen **deutschen Verkehrswege** dringend anzuraten.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rößner, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt
für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern

Gestorben.

Gastwirt Hermann Reißmann, Halle; Wilhelmine Rauch geb. Tonndorf (84 J.), Langendorf; Emma Chrzibeck geb. Göricke (66 J.), Porbitz; Ilschen Pomme (4 Mon.) Wernsdorf; Irma Heinrich (10 Mon.), Ober Wünsch; Anna Germer geb. Meinhardt, Poierna.

Verlobt.

Erna Hicke und Oswald Schmidt, Pörsten; Charlotte Dietmann und Richard Wagner, Querfurt; Margarete Emse und Rudolf Schneider, Wetzendorf und Spielberg.

Beamter sucht gut möbliert. **Zimmer in besserem Hause** Angebote unter Nr. 3169 an die Exped. d. Bl.

---

2 Herren suchen **möbliertes Zimmer** evt. mit Beköstigung. Angeb. unter 3170 an die Exp. d. Bl.

Möbliertes Zimmer

für Volontär gesucht. Bett und Schrank können gestellt werden. Trebst, Nordstr.

Ruhiger, sol der Herr sucht **möbl. Zimmer od. Schlafstelle.** Ang. unt 3172 an die Exp. d. Bl

---

Junges Ehepaar sucht **möbl. oder unmöbl. Zimmer** m. Kochgelegenh. Wäsche eigene Ang. unt. 3108 a. d. Exp. d. Bl.

Ein junger Handwerker sucht per sofort einfach **möbliertes Zimmer oder Schlafstelle** in der Nähe vom Markt. Betten und Bettwäsche vorhanden. Ang. unter 3165 an die Exp. d. Bl.

Alleinstehender Mann

Ende 40er, Schlosser, sucht kl. heizbares Zimmer. Bett vorhanden, auch bei Witwe, spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Ang. unt. 3168 an die Exped. d. Bl.

Leerer Raum zum Einstellen von Möbeln gesucht.

Angeb. u. 3167 an die Exp. d. Bl.

Darlehn reellen Personen ohne Bürgen. Beschaffung v. Betriebskapital — Teilhabern Finanzieren von Unternehmen. **Schließfach 161, Weißenfels a S.**

---

1 elegante Damen-Maske 1 graues Damen-Jackett, 4 Pfd. reine Gänsefedern (ungeschlissen) zu verkaufen Christianenstr. 5. part.

Dunkelbl. Anzug

zu verkaufen. Zu erfragen Neumarkt 70, 2. Etage

Ein Kinderwagen

für 150 Mk. zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Heller Kinder-Klappwagen mit Plane und einige Paar Schuhe verkauft billig Neumarkt 21, Bäckerei.

Ein neuer eleganter **Jagdwagen** zu verkaufen Roßmarkt 23.

Gebr. Küchenherd,

gußeis. Wasserpfanne mit Hahn zu verk. Gotthardtstr. 38.

Ein Läuferschwein

steht zum Verkauf Wallendorf 35.

Ein Paar große **Läuferschweine** zu verkaufen Preußerstr. 16.

Hochtragende Ziege

zu verkaufen Wenzlau Nr. 64.

Eine hochtragende Ziege

zu verkaufen Klein-Konna Nr. 5.

Für Rassezüchter: **1 Hahn u. 2 Hennen** Rhodeländer (mit 1. Pr. präm.) zu verkaufen Friedrichstr. 38.

Haferstroh

hat abzugeben Leuna 29.

Herzenswunsch.

Junger Mann, 26 J., Handwerker, Nicht änzer, etwas vermögend, sucht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt, junge, anständige Dame zwecks späterer Heirat kennen zu lernen. Diskretion Ehrensache. Angeb. mit Bild, welch. zurückgesandt wird unter 317[illegible] an die Exp. d. Bl.

Junger verheirateter Geschirrführer sucht zum 1 April **Stellung** Ang. an Max Müller, Albersroda, Kreis Querfurt.

Gestern nachmittag 1/4 3 Uhr entschlief nach längerem Leiden unser lieber Onkel, der Zigarrenhändler

Karl Gebhardt sen.

im Alter von 83 Jahren. Um stilles Beileid bitten

Familie Richard Gebhardt,
Familie Otto Brüder,
Ella Ohme.

Merseburg, den 26. Januar 1921.

Etwaige Kranzspenden bitte abzugeben Brüder, Kleine Sixtistraße 18, oder Gebhardt, Neumarkt 12.

Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Schmalz u. Margarine billiger!

Empfehle garantiert reines amerikanisches

Schweine-Schmalz, das beste was es gibt, Pfd. nur Mk. **14.—**

ff. Margarine, stets frisch, Pfd. Mk. 13.— und Mk. **12.—**

Hochfeine Delikateß-**Pflanzen-Butter-Margarine** Pfd. nur Mk. **14.50**

Paul Näther Nachfl., Merseburg

Fernruf 343. Markt 9.

Billiger Verkauf von Resten u. Abschnitten

Die sich während des Saison-Ausverkaufes im großen Maße angesammelten

Reste und Abschnitte

sind auf Tischen geordnet und mit besonders billigen Preisen versehen zum Verkauf gestellt.

Otto Dobkowitz, Merseburg.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz, sowie großes Lager **eichener und kieferner Pfostensärge**

Metall-Särge.

Sarg-Magazin von **O. Scholz Ww.**

Inhaber Gebr. Scholz

Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Continental-Regenmäntel

sind genäht und geklebt und bieten durch Verwendung allerbester, geruchloser Para-Gummierung grösste Gewähr für Wasserdichte.

In reicher Auswahl erhältlich bei

Franz Hildebrandt,

Kleine Ritterstraße 13.

Welche Dame erteilt jungem Mädchen **Zitherstunde.** Ang. bitte Brühl 4 abzugeben.

Jüng. Tischlergesellen sucht sofort M. Kade, Tischlermeister, Frankleben.

Zuverläss. Laufbursche 15—16 Jahre alt, anständ. Erscheinung, per sofort gesucht. Artur Meier, Zigarrengesch., Am Bahnhof 4.

Einen Lehrling sucht zu Ostern H. Lehmann, Schmiedemeister, Creypau bei Merseburg.

Schwester oder Sprechstundenhilfe sucht **Dr. med. Boetticher**

Junges, anständiges **Dienstmädchen** für besseren Haushalt sof. gesucht Frau Direktor Kober, Seffnerstr. 6, 1 Tr.

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele Kleine Ritterstrasse — Nr 3. — Telephon 529. **Modernes Theater** Grosse Ritterstrasse — Nr. 1. —

Gewaltige Programme von Freitag bis Montag

Kammer-Lichtspiele

Der Kopf des Gonzalez oder Ein Abenteuer dreier Menschen und eines Volkes. Eine große südamerikanische Tragödie in 5 Akten. Expräsident der südamerikanischen Republik Guadalajara: **Fritz Greiner;** Gonzalez Horta, jetziger Präsident: **Ernst A. Rückert;** Donna Maria Salvar: **Elsa Bodenstein.**

Modernes Theater

Die Fürstin Woronzoff Kolossales Film-Drama in 6 Akten, aus dem zaristischen Rußland, mit freier Benutzung eines älteren Stoffes von **Dr. Willy Wolf.** Mit der rassigen und temperamentvollen Künstlerin **Frau Ellen Richter.**

Anfang wochentags 5 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Hierzu in beiden Theatern prächtige Beiprogramme.

In den Kammer-Lichtspielen Sonntag nachm ab 3 Uhr **Jugend und Kinder-Vorstellung.**

P. T. V. Tannhäuser

Sonntag, den 30 Januar 1921, findet im Kaffeehaus Meuschau

Großer Maskenball

statt. Einlaß der Masken 5 Uhr

Prämiierung der besten und originellsten Masken, außerdem viele Ueberraschungen.

Ab 3 Uhr **Ball.**

Um zahlreichen Zuspruch bitten

Der Vorstand. Der Wirt. Der Vergn.-Ausschuß.

Vortrag

am Montag, 31. Jan., 7½ Uhr, im Schützenhaus, von **Dr. Schumacher,** Syndikus des Werktätigen Schutzverbandes im Reg.-Bez. Merseburg, über:

1. „Wie stellt sich Handwerk und Gewerbe zur heutigen Wirtschaft"
2. Vortrag von Herrn E. Müller über; „Die neue Reichseinkommensteuer."

Alle Handwerker, Gewerbetreibende und Hausbesitzer von hier und Umgegend werden hierdurch eingeladen.

Der Vorstand des erwerbstätigen Mittelstandes, Bürger- und Handwerker-Vereinigung E. V.

Achtung! Achtung!

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Deutschlands

Sitz Leipzig

Ortsgruppe Lauchstedt und Umg.

Netzschkau! Netzschkau!

Zu dem am Sonntag, den 30. 1. 1921, abends 8 Uhr im Gasthof zu Netzschkau stattfindenden

Theaterabend

zu Gunsten der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten ladet hierdurch alle Freunde und Gönner unserer Sache herzlichst ein Der Vorstand.

NB. Nachmittag 3 Uhr **Kindervorstellung**

Zur Hilfe der Kriegshinterbliebenen!

Neues Schützenhaus.

Freitag, den 28. Januar,

Hausball Kappenfest

H. Eilenberger.

Gucke mal! Gucke mal!

Sonntag, den 30. Januar 1921,

Schkopau (Bergers Gasthof)

Großer Preis-Masken-Ball.

Anfang 3 Uhr. Masken-Einlaß 1/2 7 Uhr

Ergebenst ladet ein G.-V. Stammtisch.

Gucke mal! Gucke mal!

Gasthaus Zweimen.

Sonnabend, den 29. Januar,

Pfannkuchenschmaus u. Ball

wozu freundlichst einladet R. Zwarg.

Allerfeinster **Kunsthonig**

a Pfund 4,70 Mk. empfiehlt

Gustav Müller, Ölgrube 3.

Trebnitz.

Den 29. Jan., von 6½ Uhr an

Ballmusik,

wozu freundlichst einladet Schützenverein Trebnitz.

Sterbekasse Eintracht.

Die **General-Versammlg.** findet Sonntag, den 30. d. Mts, nachm. 3½ Uhr im Gasthaus „Zur guten Quelle" statt. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung.
2. Vorstandswahl.
3. Wahl der Revisoren.
4. Verschiedenes.

Etwaige Anträge sind schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen. Der Vorstand.

Restaurant zur Börse.

Zu meinem vom 28. bis 31. Januar stattfindenden

Bockbierfest

lade ich ergebenst ein Der Wirt.

Für gute Küche und Keller ist bestens gesorgt. D. O.

Achtung! Achtung!

Gasthaus Zscherben.

Sonnabend, den 29. Januar 1921, von abends 6 Uhr an,

Geld-Preis-Skaten.

Es ladet freundlichst ein A. Böhland.

Merseburger Ruder-Gesellschaft.

Freitag abend 8 Uhr im „Ratskeller"

Besprechung betr. Stiftungsfest.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Aelt., tücht. Mädchen wird bei hohem Lohn und guter Verpflegung für einen besseren Haushalt nach Berlin-Tempelhof gesucht. Näheres Seffnerstr. 5, I.

Für sofort oder später ein **ehrl. fleißig. Mädchen** gesucht. M. Göthe, Fleischermeister, Gotthardtstr. 26

Sauberes Mädchen nicht unter 18 Jahren, gesucht Gotthardtstr. 40.

Aufwartung vorm. 2—3 Stunden gesucht Am Bahnhof 1, pt.

Tüchtige saubere **Aufwartung** für sofort gesucht Kurtz, Christianenstr. 10, 1 Tr.

Größ. Schulmädchen für leichte Arbeit sofort für den Nachmittag gesucht. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

Schwarze Brieftasche

mit Inhalt (12000 Mark) von St dtischer Sparkasse bis Roßmarkt verloren. Wiederbringer erhält hohe Belohnung. Bitte abzugeben bei Herrn Rechtsanwalt Bauer, Roßmarkt.

---

3 Zucht-Enten abhanden gekommen.

Gegen Belohnung abzugeben Gemüsebau Rischmühle.

Derjenige,

der das Rad am Laden des Bäckermeisters Hennig gestern abend 6 Uhr gestohlen hat, ist von einer Person beobachtet und erkannt worden. Ich ersuche den Dieb, spätestens Freitag dasselbe wieder zubringen, widrigenfalls Anzeige erstattet wird. Rauschenbach, Wegwitz Nr. 20.

Einen Baggerführer und Abraum-Lokomotivführer

(elektr.), möglichst gelernte Handwerker, stellt ein **Beunaer Kohlenwerke, Oberbeuna.**

Achtung! Achtung!

Billiges Gardinen-Angebot!

Freitag Nur 2 Tage Sonnabend

findet im Gasthof zur Sonne eine

Gardinen-Ausstellung

zu bedeutend herabgesetzten Fabrikpreisen statt Da Selbsterzeuger, bitte ich die werten Hausfrauen, die günstige Gelegenheit zum Einkauf jedes gewünschten Artikels nicht zu versäumen. — Aufträge auch für Ostern nimmt entgegen Max Klinger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 22. Donnerstag den 27. Januar 1921. 47. Jahrg.

Preisabbau!

Von Landwirt F. Schierwagen, Schönewerda.

Unter „Der Kern des Übels" hat der Generaldirektor W. Rathenau in der „Vossischen Zeitung" einen Artikel erscheinen lassen, welcher sich mit der Geldentwertung beschäftigt. In diesen Ausführungen sagt Rathenau: „Wir können nur dann das Jahr überleben, wenn es uns gelingt, für etwa fünf Goldmilliarden (fünfzig Papiermilliarden) Nahrungsmittel, Kleidungsrohstoffe und Metallbedarf vom Ausland zu kaufen — und zu bezahlen." Er führt dann weiter aus, daß wir gegen 8 Millionen industrielle Arbeiter haben, die jährlich etwa 16 Milliarden Arbeitsstunden leisten und mit diesen Arbeitsstunden Werte von 100 Milliarden Papiermark erzeugen. Davon werden zuerst obige 50 Milliarden benötigt; 10 bis 20 Milliarden sind bisher für Luxuseinfuhr vergeudet worden, während vorläufig 30 Milliarden an unsere menschenfreundliche Feinde abgeliefert werden, somit bleibt für Hausung, Kleidung, Arbeitsmittel, Staats- und Kulturbedarf — nichts. Rathenau sagt zum Schluß: „Was allein uns retten kann, ist Produktionspolitik, die Geldentwertung wird sich solange verschärfen, bis das Gleichgewicht zwischen Verbrauch und Produktion hergestellt ist." (Der Parteisekretär der Deutschen Volkspartei, Haupt-Merseburg, hat zur Hebung der Produktion ein einfacheres und sicher wirkendes Mittel zur Hand. Aus ganz Deutschland wird erst ein strammes Preußen gemacht und dann werden sämtliche unverheirateten Arbeitslosen in die Steinkohlenbergwerke kommandiert, die Baracken von den Truppenübungsplätzen werden ebenfalls (als Wohnungen) in die Kohlenbezirke geschafft und die Produktion ist gehoben bezw. muß sich heben. Einfach! —)

Ich aber möchte an die Ausführungen von Rathenau anknüpfen. Hebung der Produktion ist doch aber nur da möglich, wo Rohstoffe vorhanden sind, d. h. bei unseren natürlichen Monopolen, also Bergbau und Landwirtschaft

Es muß danach gestrebt werden, eine der schlimmsten Nachkrankheiten des Krieges, die Verringerung der Arbeitskraft bezw. der Arbeitsleistung zu beseitigen. Nirgends zeigt sich diese Verminderung stärker als in der Kohlenförderung, denn für 1919 wurden nur 60 v. H. der Förderung des letzten Friedensjahres erreicht. Auf welche Art eine Mehrförderung geschaffen wird, ob vorläufig durch Hebung der Arbeiterzahl bei Einführung von drei sechsstündigen Förderschichten oder bei siebenstündiger Schichtdauer, soll hier nicht weiter untersucht werden. Nur Arbeit kann uns retten! Aber es muß sich auch die Erkenntnis durchsetzen, daß die Arbeitskraft mehr denn je Deutschlands wichtigste Produktionsquelle ist, daß die Lehre vom organischen Kapital, die Menschenökonomie, der wichtigste Naturschatz ist, über den ein Land verfügt.

In allen Kreisen ist man darüber einig, daß vermehrte Produktion und ein Abbau der Preise notwendig ist. Der Streit ist nur darüber, wer damit beginnen soll. Die Konsumenten und Arbeiter sagen: So lange die Lebensmittel nicht billiger werden, ist es uns nicht möglich, mehr und billiger zu arbeiten, und der Landwirt sagt: Solange ich mit unverhältnismäßig teuren Produktionsmitteln rechnen muß, kann ich meine Produkte nicht billiger abgeben. Die deutsche Landwirtschaft hat nun die geschichtliche Aufgabe, daß sie durch vermehrte Lebensmittelerzeugung den Grundstein zum Wiederaufbau schaffen muß. Die Landwirtschaft muß also durch intensivste Ausnutzung ihrer Betriebsmittel dahin streben, daß eine Vollversorgung des deutschen Volkes wieder gewährleistet wird. Der Ausweg liegt darin, daß der Landwirt durch Vermehrung seiner Produktion so viel dem Boden abringt, daß auf der einen Seite die erhöhten Produktionskosten gedeckt und eine Rentabilität gewährleistet wird, auf der anderen Seite aber mehr Lebensmittel wie bisher zur Verfügung stehen. Auf diese Weise wird sich zuerst eine Stabilisierung der Lebensmittelpreise herbeiführen lassen, welcher die Stabilisierung des übrigen Marktes folgen wird. Aus der Stabilisierung der Märkte wird sich aber dann ganz von selbst ein Abbau der Preise auf allen Gebieten ergeben. Eine Vollversorgung ist bis heute nicht möglich gewesen, weil der Landwirt unter den Maßnahmen der Zwangswirtschaft, Leutemangel und Kunstdüngernot gar nicht imstande war, mehr zu leisten. Aus nachstehenden Zahlen geht hervor, daß die Ernteerträge, nicht nur absolut genommen, in ihrer Gesamtmenge zurückgingen, sondern daß auch die Hektar-Erträge zurückgegangen sind.

	je Hektar Anbaufläche		
Brotgetreide	35,3	21,3	18,5
Futtergetreide	33,6	24,—	12,—
Kartoffeln	46,8	31,—	23,—
Zuckerrüben	58,—	36,—	35,—

Die Durchschnittsernte 1920 betrug nur 4—5 Zentner Roggen je Morgen. Eine Menge, die vielfach (hauptsächlich auf vielen großen Gütern) nicht ausreicht, um Saatgut, Deputat und eigenen Familienbedarf zu decken, so daß sich daraus auch die schlechte Ablieferung erklärt, über welche Minister Dr. Hermes zu klagen hatte.

Es ist nun interessant, daß der Ausfall an Dünger während der Kriegsjahre durchschnittlich größer ist als der Ausfall der Ernteerträgnisse gegenüber den Vorkriegsjahren. Die Tatsache beweist am besten, daß unsere Landwirte während der Kriegs- und Nachkriegsjahre mehr als ihre Schuldigkeit getan haben.

Vorsichtige Berechnungen im Preuß. Landwirtschaftsministerium haben ergeben, daß im Jahre 1913 mit dem Stalldünger 450 000 To. reiner Stickstoff in den Boden kamen, im Jahre 1919 aber nur 190 000 Tonnen. Der Rückgang des Stalldüngers beträgt also 57,5 Prozent.

Das Bedauerliche an den heutigen Verhältnissen ist nur, daß, obwohl wir noch nicht die für eine Vollproduktion notwendigen Bodennährmittel der Menge nach zur Verfügung haben, die Landwirtschaft nicht einmal bereit ist, die heute bereits anfallenden Stickstoff und Phosphorsäuremengen restlos abzunehmen. Es ist wohl zuzugeben, daß die hohen Preise und das mit der Anwendung von Kunstdünger verbundene hohe Risiko einen starken Hinderungsgrund für die meisten Landwirte bilden.

Ausschlaggebend sind diese Gründe nicht.

Der tiefere Grund für die Zurückhaltung der Landwirte ist darin zu suchen, daß nämlich die kleinen und mittleren Landwirte sich wohl an hohe Einnahmen gewöhnt haben, sich aber nicht an die höheren Ausgaben für die Produktionsmittel gewöhnen können. Prof. Aeraboe hat darauf hingewiesen, daß in Friedenszeiten für einen Zentner schwefelsaures Ammoniak der Wert von 1,6 Ztr. Körnern oder 7 Ztr. Kartoffeln oder 13 Ztr. Zuckerrüben oder 10 Pfd. Butter hingegeben werden mußten. Heute ist nur der Wert von 1,5 Ztr. Körnern oder 5 Ztr. Kartoffeln oder 6 Ztr. Zuckerrüben oder 6,5 Pfd. Butter hinzugeben.

Die von namhaften Wissenschaftlern und praktischen Landwirten seit Jahren vorgenommenen Felddüngungsversuche mit gesteigerten Kunstdüngeranwendungen haben z. B. folgende Mehrerträge gebracht:

	Winterweizen	Hafer	Bohnen	Futterrüben	Zuckerrüben	Kartoffeln
1911:	26	22,6	10,1	385	197	133
1917:	37,5	32,9	25,1	785	407	214

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß die Anwendung des Kunstdüngers für jeden rechnenden Landwirt außerordentlich lohnend ist. Jede Tonne Stickstoff, die in den detschen Ackerboden gelangt, bedeutet eine Mehrung der Ernte um 18 To. Körner, 40 To. Stroh, 120 To. Kartoffeln, 150 To. Zuckerrüben, 100 To. Rübenbläter. Könnten wir also den Aufwand an Stickstoffdünger nur auf die doppelte Menge derjenigen vor dem Kriege bringen und diese mit gleichem Erfolge anwenden, so würden wir aus allen Nahrungssorgen heraus sein.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Jan.

Eine stürmische Sitzung.

Bei sehr schwach besetztem Hause wird die **Beratung des Justizetats** fortgesetzt.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.): Wir leben unter den Folgen des unerhörtesten Rechtsbruches der Weltgeschichte. Im Innern drohen uns Umsturzgelüste, die der Zug jeder Revolution sind. Auch wir würden es begrüßen, wenn in Bayern der Ausnahmezustand beseitigt werden könnte. Wenn die Feinde die Unparteilichkeit unseres höchsten Gerichtshofes anzweifeln sollten, so können sie sich leider auf die Reden berufen, die hier auf der linken Seite gehalten worden sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wie die Sozialisten das Urteil gegen die Marburger Studenten angreifen können, ist unverständlich. An Stelle des sittlich so hochstehenden Richterstandes wollen die Sozialdemokraten eine Art Gewaltparlament setzen. Das machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.) Gegen die Liste der von den Sozialdemokraten aufgeführten angeblichen Fehlurteile können wir leicht eine Gegenliste machen. Wir machen das aber nicht. Wir lehnen es überhaupt ab, den von Ihnen konstruierten künstlichen Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft anzuerkennen. (Lautes Gelächter bei den Soz.)

Abg. Dr. Moser (Soz.): Spielen Sie doch nicht Komödie. Wir lehnen das Volksrichtertum ab. Wir wollen über die Eignung der Frau zum Richteramt sachlich beraten, können aber den Antrag der Frauen aller Parteien nicht ohne weiteres annehmen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Fehlurteile vorkommen, erheben aber deswegen nicht, wie die kommunistischen Interpellanten, den Vorwurf der dauernden Rechtsbeugung. Da wir Frauen so naiv sind, die Verfassung wörtlich zu nehmen, müssen wir verlangen, daß die Frauen ganz gleichberechtigt mit den Männern als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen müssen alle Volksklassen berücksichtigt werden. Rednerin begründet hierauf den von weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen schleunigen Gesetzentwurf die Frau unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwalt zuzulassen. Wir brauchen eine zeitgemäße Reform des Familienrechts. Das Ehescheidungsverfahren ist eine unerträgliche Prozessur geworden, geradezu unsittliche Prozesse müssen jetzt geführt werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehescheidung erleichtert wird. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Dem Manne gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbescholtene Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schutzalter auf mindestens 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen.

Reichsjustizminister Dr. Heinze erklärt sich jederzeit bereit, über die Kriegsverbrecher Auskunft zu geben. Zu dem Frauenantrag bemerkt er, daß die geplanten Änderungen hinsichtlich der unehelichen Kinder dem Hause demnächst zugehen würden. Familien- und Frauengüterrecht werden seinerzeit bei der Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches miterledigt werden. Was die Hinzuziehung der Frau zum juristischen Bruf anbelangt, so sind sie schon jetzt zur ersten Prüfung zugelassen. Die gesetzliche Gleichstellung von Mann und Frau werden die weiteren Wege weisen. Die übrigen angeschnittenen Fragen werden bei dem Jugendgesetz herangezogen werden.

Abg. Sauerbrey (U. S.) hält an der Auffassung fest, daß Arbeiter anders behandelt würden wie zum Beispiel Fürst Eulenburg. Schon damit sei der Beweis erbracht, daß wir einen Klassenstaat haben. Die Justiz habe stets den Kapitalismus geschützt, wie aus der Stellungnahme des Reichsgerichts zum Streik hervorgehe. Daß die Kriegsverbrecher heute noch frei herumlaufen, wird draußen nicht verstanden. Gegen die Rote Armee ist sofort eingeschritten worden; warum nicht gegen die hochverräterischen Generale? Verlangen müssen wir eine Erklärung des Ministers, daß die Sache mit der Königspartei tatsächlich eine Fälschung ist. Das Geständnis Runges stammt bereits vom 6. Januar 1920. Es ist an Noske und den Präsidenten des Reichsmilitärgerichts von ihm eingesandt worden. Ich frage den Minister, ob er gegen den jetzigen Oberpräsidenten Noske und den früheren Präsidenten des Reichsmilitärgerichts Anklage wegen Unterschlagung wichtiger Aktenstücke erheben will. Eine von 7 Reichswehrsoldaten überfallene Frau in Rheinland-Westfalen soll ausgewiesen werden, weil der Prozeß der Regierung unbequem ist. Zahllos sind die Morde der Arbeiter in Westfalen durch Reichswehrsoldaten. Keine einzige Anklage hat der Staatsanwalt erhoben; das Proletariat wird diese Tat sühnen (erneuter Lärm; Zuruf: Hetzer!; Beifall bei den Komm.).

Reichsjustizminister Dr. Heinze: Die vom Vorredner angeführten Fälle werden dem zuständigen preußischen Justizministerium zur Erledigung überwiesen werden. Was sollen wir gegen General Ludendorff unternehmen, nachdem festgestellt ist, daß auf dem von der kommunistischen Presse veröffentlichten Dokument die Unterschriften von Ludendorff, Reventlow und Escherich gefälscht sind? (Lebhafte Hört, Hört-Rufe bei der Mehrheit; Lärm bei den Kommunisten.) Was haben Sie überhaupt für ein Interesse daran, einen verdienten General zu verfolgen (Beifall rechts; Lärm links), ein Verfahren gegen ihn zu fordern, wenn die Untersuchung des Reichsgerichts festgestellt hat, daß ein Verdacht des Hochverrats gegen ihn nicht vorliegt? (Großer Lärm auf der äußersten Linken; Beifall rechts.) Gegen Kapp und die übrigen Beteiligten des Hochverrats sind Steckbriefe und Haftbefehle erlassen und ist die Vermögensbeschlagnahme verfügt worden. Die deutsche Justiz steht so hoch, daß sie sich auch durch Ihre unberechtigten Beleidigungen nicht hindern lassen wird, Gerechtigkeit zu üben, auch gegen Sie. (Beifall rechts; Unruhe bei den U. S.) Ich warne Sie dringend, mit der Gewalt zu spielen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Gewalt wird die Reichsjustizverwaltung mit der allergrößten Energie und mit Erfolg gegenübertreten. (Stürmischer Beifall rechts; Lärm auf der äußersten Linken; erneuter langanhaltender Beifall rechts.)

Abg. Dr. Levy (Komm.): Dem Minister gegenüber wiederhole ich, es gibt in Deutschland Richter, die bewußt das Recht beugen zur Erreichung politischer Ziele. (Unruhe rechts; Beifall auf der äußersten Linken.) In einer großen Reihe von Einzelfällen sucht Redner die Parteilichkeit der Justiz nachzuweisen. Gegen Ludendorff liegt so viel Material vor, daß es der letzten Veröffentlichung zu seiner Überführung nicht bedarf.

Abg. Bock (U. S.): Der Marburger Fall hat dem Faß den Boden ausgeschlagen, in ganz Thüringen gibt es keinen Menschen, der den Freispruch begreift. (Abg. Kahl ruft dazwischen: Alles ist längst widerlegt.) Wir verlangen eine Reform der Schwurgerichte. Ein Marburger Professor hat die Niederträchtigkeit besessen, die Studenten wegen ihrer Mordtat noch zu rühmen. (Vizepräsident Dr. Bell rügt diesen Angriff auf einen Professor.) Dieser Mann trat für die Mordbestien ein. (Stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten.) Die Professoren sind ja gekennzeichnet durch den bekannten Ausspruch des früheren hannoverschen Königs: Professoren und Huren sind immer für Geld zu hab. (Minutenlange, anhaltende, stürmische Entrüstungskundgebung der Rechten, laute wiederholte Pfuirufe. Vizepräsident Dr. Bell rügt den Redner, ersucht aber das Haus, die lärmenden Zwischenrufe einzustellen.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze lehnt es ab, auf Einzelheiten einzugehen. Die Justiz werde sich im Sinne striktester Gerechtgkeit nach allen Seiten hin erhalten. Allen Anzeigen in Sachen der Kriegsverbrecher gehe das Reichsgericht in seinem strengen Pflichtgefühl nach. Als der Minister den Fall der Ermordung des Leutnants Schröder schildert, kommt es zu stürmischen Szenen.

Abg. Rosenfeld (U. S.) zieht aus dieser Darlegung des Ministers den Schluß, daß keine Hoffnung auf Besserung der Justiz bestehe. (Erneuter stürmischer Protest der Rechten; die Deutschnationalen verlassen den Saal.) Die Justiz sei ein Produkt des Kapitalismus und werde nie etwas für den Arbeiter übrig haben. (Großer Lärm; Vizepräsident Dr. Bell bittet um Ruhe.) Die nächsten Ausführungen des Redners werden zunächst überschrien und bleiben im Zusammenhange unverständlich. Alles schreit durcheinander.

Präsident Loebe greift ein und apelliert im Interesse des Ansehens des Hauses an beide Seiten des Hauses, sich zu mäßigen.

Um fremdes Blut.

Roman von Amélie Hinze.

49. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sie wollen mich nicht verstehen, meine Dame!" betonte er. „Ihr Metier — in mehrfacher Bedeutung — ist die Scheidewand zwischen Ihnen und Ihrer Tochter!"

Sie war erbleicht, beherrschte sich aber vollkommen.

„Sie beabsichtigen, mich zu beleidigen, Herr Senator", sagte sie mit Würde. „Ihre Beleidigung aber trifft mich nicht, denn ich verstehe sie nicht. Ich bin stolz auf meinen Beruf, es zu vermögen, die antike Kunst zu verkörpern. Wer dies nicht versteht, für den existiert diese Kunst nicht. Bezüglich meiner Tochter aber mögen Sie wissen, daß ich von juristischer Seite die Versicherung habe, im Recht zu sein und Recht zu bekommen."

Das Gesicht Wettins wurde aschfahl.

„In diesem Falle, meine Dame, würde ich beim Gericht Widerspruch erheben!" sprach er.

„Mit welchem Recht, Herr Senator, sagen Sie das?" fragte sie scharf. „Ihr Recht als Vormund reicht nicht so weit, das Kind von der Mutter zu tren —"

„Dieses Recht besitze ich überhaupt nicht mehr", schnitt der Zuhörer ihr die Rede ab, klar und fest, doch fremd im Ton. „Ich bin nicht mehr der Vormund des Fräuleins!"

Überrascht trat die Marchesa zurück; sie atmete schneller. Was an Triumph in ihren Augen aufleuchtete, verdeckten die breiten Lider einem jeden Blick.

„Somit wäre es unklug von Ihnen, Herr Senator, sich dagegen aufzulehnen", versetzte sie. „Ich war hierher gekommen, um Ihnen dafür zu danken, was Ihre Frau Schwester an meiner Tochter Gutes getan hat, und wollte mir gleichzeitig mein Kind holen, um versäumte Pflichten und — versäumte — Mutterfreuden — nachzuholen."

„Der Sie sich etwas spät erinnerten!" fiel er wieder kühl ein. „Ihr Metier hätte es Ihnen schon seit Jahren ermöglicht, für Ihre Tochter zu sorgen. Sich dieser zu erinnern, aber bedurfte es erst der Beichte einer Sterbenden — bedurfte es der Mitteilung, daß Luisella Erbin eines großen Vermögens geworden ist."

Die Marchesa preßte das Taschentuch auf den Mund, wie wenn sie einen Schrei ersticken wolle. Dann trat sie mit erhobenen Händen auf den Mann zu, der einer Isotta Orsilio gegenüber nicht allein unnahbar blieb, sondern sie auch durchschaute, und was sie gesponnen hatte, zu zerstören drohte.

„Welch ein schändlicher Verdacht!" rief sie. — „Ich werde Sie dieserhalb bei Gericht anklagen, mein Herr! Ich finde Ihr Vorgehen überhaupt sehr sonderbar, sehr auffällig. Es wird mir immer klarer, persönliche Wünsche sprechen aus Ihnen! Sie gelten bei Gericht nichts. Ich verlange meine Tochter zu sprechen — auf der Stelle! Ich befehle es!"

Ihr zierlicher Fuß stampfte den Boden; die fein behandschuhten Hände hatten sich geballt; das Temperament der Italienerin kam in der Marchesa zum Ausbruch und ließ sie alle Vorsicht vergessen.

Die hohe Gestalt Wettins schien noch zu wachsen. „Sie haben nichts zu befehlen!" sprach er kalt. „Sie sollen Ihre Tochter sehen und sprechen, doch nicht jetzt. Vielleicht bemühen Sie sich heute abend wieder hierher. Luisella muß erst unterrichtet werden — sie ist ja völlig ahnungslos — und die — Enthüllung ist zu gewaltig. — Wir müssen ihr Zeit lassen, sich —"

„Nimmermehr!" rief die Marchesa außer sich. „Sie wollen nur meine Tochter beeinflussen — ich dulde dies nicht, ich verlange sie sofort zu sprechen! Und ich wiederhole, mit welchem Rechte wagen Sie —"

Die Hand Wettins hob sich unwillkürlich. In seinen Augen begann es zu leuchten — wie in holdem Wahnsinn — wie in seligem Tod.

„Mit dem Recht des Verlobten! Luisella ist meine Braut!"

Wie ein Jubelschrei klangen die Worte von den einst so stolzen Lippen. Die versäumte Jugend dieses Mannes lag in den Worten, doch auch das Bewußtsein dessen, was er getan hatte.

War die Wirkung der Worte auf den Sprecher selbst eine gewaltige, so war sie es auf die Zuhörerin nicht minder.

Das Antlitz entfärbt, entstellt von den Gefühlen, die diese Brust fähig war zu fühlen, wenn ihr etwas versagt ward, war sie zurückgewichen.

Der voraufgegangene Kampf war umsonst gewesen, umsonst der Einsatz — va banque auch hier!

Was das Gesetz der Natur in dem Augenblick, als sie ihr Kind nach siebzehn Jahren als ein voll erblühtes süßes Leben wiedergesehen, gebieterisch in ihrer Brust geweckt hatte, erlosch, als sei es nie gewesen. Was in ihr rang, stritt und kämpfte, hatte seine Wurzel nur in dem Gedanken an den Mann, dem ihre wilde Liebe galt. Die goldene Quelle, aus der sie hatte schöpfen wollen, das ihr unentbehrlich gewordene üppige Leben auch in der Ehe, die ihrer wartete, weiterführen zu können, war versiegt, — dahin die Möglichkeit, die Täuschung gegen Achim aufrecht zu erhalten.

Schmähliches Schicksal! Es galt, darüber hinwegzuschreiten, den Schleier zu halten, bis er zerriß. Noch gehörte Achims Liebe ihr! Ein Nichts war dagegen jede getäuschte Hoffnung.

Diese Liebe war ihr Alles, ihr Letztes.

Hier war nichts mehr zu erreichen.

Schweigend wandte sie sich und schritt auf den Ausgang zu.

„Sie werden von mir hören!" sagte sie.

Es war nur eine Phrase.

Ein kurzes Neigen des Hauptes, und die Tür schloß sich hinter ihr.

Gleich darauf verriet das Rollen des Wagens, daß die Besucherin unverzüglich das Haus verlassen hatte.

Hastig teilte der Senator die Portiere, die ins Nebenzimmer führte. Dann stockte sein Fuß jäh und er zuckte zusammen.

Unweit vom Zimmereingang lehnte Felix von Rehberg und sah ihn an.

„Ach so, — ich hatte vergessen —"

Der Sprecher fuhr sich mit der Hand über die Stirn. In seinen Augen war das Leuchten noch nicht ganz erloschen. Fest begegnete er dem Blick Rehbergs.

„Du hältst mich vermutlich für wahnsinnig, Felix!" sagte er. „Denke von mir, was du willst! Ich mußte doch — das Mädchen retten!"

Ohne die Antwort des anderen abzuwarten, schritt er rasch auf den Eingang nach dem Korridor zu, als verfolge er eine bestimmte Sache.

Da öffnete sich die Tür dorther und der alte Stephan ward sichtbar.

„Stephan", richtete sein Herr an ihn das Wort, „sagen Sie dem Fräulein, es möchte — — — Nun, was ist?"

„Herr Senator, um Gottes willen, — ich — ich glaube, es geschieht — ein — Unglück!"

Aschfahl im Gesicht, hatte der Alte die Worte mühsam hervorgestoßen. Ohne Bedenken faßte er den Arm seines Herrn.

Und dabei stammelte er:

„Meine alten Beine tragen mich nicht so rasch, und die — Mädchen —"

Instinktiv hatte Wettin den Fuß hinausgesetzt und die Tür hinter sich und dem Diener geschlossen. Ohne genau erfaßt zu haben, was derselbe gesagt hatte, ergriff ihn ein unbestimmtes Gefühl, — ein Gefühl, das ihn wie eine eisige Hand packte.

„Ein Unglück? Was wollen Sie damit sagen, Alter?" stieß er hervor.

Und der alte Diener berichtete:

„Kurz bevor die — fremde Dame fortging, komm' ich die Halle entlang und — da sah ich nahe der Salontür, an der Wand, wo die Diana steht, das Fräulein lehnen —"

„Das Fräulein?"

Erbebend rief es Wettin.

Der Alte nickte.

„Ja, Herr Senator", sagte er, „das Fräulein, und so weiß im Gesicht, wie die Diana selbst, und — ihre Hand umklammerte das Steinbild, wie wenn sie fürchtete, sonst zu fallen. „Fräulein!" rufe ich erschrocken. Da hebt sie auch schon die Hand, als wenn sie mich abwehren wollte, sieht mich an mit Augen, als sei sie nicht — mehr bei sich und — ist auch schon fort. Als ich hinauslaufe, um ihr nachzusehen, ist sie schon die Terrasse hinabgeeilt und läuft — nein, sie flog förmlich dahin — den — Weg — zum — Wasser hinab. „Christine! Lisette!" rief ich, denn ich fühlte Schwindel über mich kommen und kriegte das Zittern . . . Eine Ahnung kam mir, eine furchtbare Ahnung. Die — Worte auf der Karte — — Ich denke mir — Um Gottes willen —"

An dem lallenden und taumelnden Alten vorbei, war der Senator bereits zum Ausgang geeilt. Aus seinem Gesicht war jeder Blutstropfen gewichen. Gleich danach hallte sein Schritt auf dem Kies draußen, ein Schritt, wie nur bebende Angst ihn schreitet . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0005

Abg. Rosenfeld fährt fort, von einer objektiven Rechtsprechung könne keine Rede sein. Es kann hier nur von subjektiver Rechtsprechung gesprochen werden.

Inzwischen geht ein Antrag auf Schluß der Debatte ein. Rechte, Zentrum und Demokraten stimmen dem Antrage zu, der dann unter lauten Zwischenrufen der Linken angenommen wird.

Auf Antrag des Abg. Hoffmann erhält Abg. Koenen (Komm.) das Schlußwort, während die bürgerlichen Parteien fluchtartig den Saal verlassen. Redner greift den Minister auf das heftigste an, weil er Mordtaten offiziell gedeckt habe und damit den Beweis für seine Einseitigkeit erbrachte. Nach einem Wortwechsel zwischen dem Abg. Hörsing, und den Unabhängigen und Kommunisten, in dessen Verlauf Abg. Hoffmann Hörsing der Trunkenheit beschuldigt, schließt Abg. Koenen: Herr Heinze hat sich heute als Chef der Klassenjustiz gezeigt. (Wegen dieser Worte erhält Abg. Koenen einen Ordnungsruf.

In der Abstimmung wird der Etat angenommen, desgleichen der Antrag Radbruch und der Frauenantrag mit den Stimmen der Linken gegen die noch nicht wieder vollzählig versammelte bürgerliche Rechte.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr nachmittags. (Schluß 7½ Uhr.)

Die Lage im Reiche.

Das unablässige Steigen der Reichsschuld — In zehn Tagen ein Mehr von 1287 Millionen Mark.

Berlin, 26. Jan. Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches betrug an disponierten Schatzanweisungen am 10. Januar 1921 152 999 336 000 M. Hierzu traten bis 20. Januar 10 588 913 000 M. Davon gingen ab 9 302 232 000 M. Mithin ergibt sich eine Zunahme auf 154 286 017 000 M.

Erhöhte Teuerungszulage für die Kriegsbeschädigten.

Berlin, 26. Jan. (WTB) Beim Ausschuß des Reichstages für die Kriegsbeschädigtenfrage ist zur Verbesserung der Rentenbezüge ein gemeinsamer Antrag aller Parteien vorbereitet, wonach die Reichsregierung unverzüglich Schritte unternehmen soll, um die Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1 Januar 1921 um 10 Prozent zu erhöhen und die Stufe des einkommensteuerpflichtigen Einkommens je um 2000 M zu erhöhen.

Ein Gerichts-Entlastungsgesetz.

Berlin, 26. Jan. Dem Reichstag ist vom Reichsjustizminister der Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Gerichte vorgelegt worden. Der Entwurf schlägt vor, die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und der Schöffengerichte auf 3000 M zu erhöhen. Gleichzeitig soll die Berufungsgrenze für Urteile der Amtsgerichte in bürgerlichen Streitigkeiten von 50 auf 500 M heraufgesetzt werden. Der Entwurf empfiehlt ferner, die Aburteilung von Diebstählen und Betrügereien, bei denen der Wert des Gestohlenen oder der Schaden 3000 M nicht übersteigt, den Schöffengerichten auch dann zuzuweisen, wenn es sich um schweren Diebstahl, Rückfalldiebstahl oder Rückfallbetrug handelt.

Kommunistische Hetzereien im Ruhrgebiet.

Bochum, 26. Jan. Die Kommunisten fordern die Bergleute in Flugblättern auf, vom 1. Februar ab von sich selbst aus die Sechsstundenschicht einzuführen, die ihnen seinerzeit in dem Bielefelder Abkommen von der Regierung zu diesem Termin zugesagt worden sei. Einzelne Belegschaften haben bereits dahingehende Beschlüsse gefaßt. Der Bergarbeiterverband sowie auch der Christliche Gewerkschaftsverein warnen aber ihre Mitglieder vor diesen Machenschaften.

Sinkende Preise in Süddeutschland.

Karlsruhe, 26. Jan. Als Folge der Weltmarktkrise ist in den letzten Tagen in Baden, Württemberg und Hessen in allen Textilwaren ein Preisaufschlag bis zu 30 Prozent eingetreten, und auf dem Produktenmarkt ein Preisrückgang von durchschnittlich 10—15 Prozent. Das Pfund Kaffee ging von 30 auf 22 M zurück, ebenso ist eine Preissenkung in Kakao und Schokolade erfolgt.

Neue Beschlüsse der sächsischen Eisenbahner.

Die Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Dresden nahm am Montag eine Entschließung an, die sich in scharfer Form gegen die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen wendet. Die Ortsgruppenleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes erwarten darnach vom Verbandsvorstand, daß er 1. den jetzigen Reichslohntarif möglichst sofort kündigt, 2. die für Sachsen dringend nötige bessere Ausgestaltung des Ortskassengesetzes anstrebt, 3. den wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise fordert und dieserhalb mit der Reichsregierung sofort in Verbindung tritt. Unter diesen Umständen empfiehlt die Konferenz der Kollegenschaft, von dem Eintritt in einen Streik abzusehen.

Generalmajor Müller — Landeskommandant von Sachsen.

Wie die L. N. N. erfahren, ist für Sachsen der Generalmajor Müller in Dresden, der gleichzeitig Infanterieführer IV ist, bereits zum Landeskommandanten gemäß dem Reichswehrgesetz ernannt worden.

Neue Diebstähle von Abstimmungspapieren in Oberschlesien.

Kattowitz, 26. Jan. In der Zeit vom 25. Januar, 4 Uhr nachmittags bis 26. Januar, 8 Uhr vormittags sind aus dem Einwohnermeldeamt der Polizeidirektion Kattowitz etwa 500 bis 600 Anträge auf Ausstellung von Aufenthaltsbescheinigungen zu Abstimmungszwecken spurlos verschwunden. Es wird dringend ersucht, daß alle Anträge auf Aufenthaltsbescheinigung sofort erneuert werden, damit keine Verzögerung in der Erlangung der Bescheinigung eintritt.

Deutsch-polnisches Übereinkommen zur Abstimmung.

Berlin, 26. Jan. Zwischen den deutschen Bevollmächtigten in Oppeln und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der Interalliierten Kommission ist ein Übereinkommen getroffen worden, daß den im polnischen Staate wohnenden deutschstämmigen Oberschlesiern bei den Vorbereitungen für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst seitens der polnischen Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierverbindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und den deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sichergestellt worden.

Vermischte Nachrichten.

Schweres Eisenbahnunglück in Wales.

London, 26. Jan. Bei Abermule in Wales sind heute zwei Züge zusammengestoßen. 12 Personen wurden getötet, viele verwundet.

Verurteilte Räuber.

Berlin, 26. Jan. Wegen Betruges, Unterschlagung und schweren Raubes wurde der Kaufmann Otto Hans Kluge zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, der Drogist Friedrich Kuppe unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatten im März n. J. im Hotel Kaiserhof einen Bankkehrling räuberisch überfallen, der im Auftrage seines Vorgesetzten mit 40 000 M erschienen war, um Goldgeld einzuwechseln, dessen Besitz Kluge in der Bank vorgespiegelt hatte.

* **Verweitelte Papierschiebung.** In Köln sind 45 Doppelladungen mit Zeitungsdruckpapier angehalten und beschlagnahmt worden, weil sie von Köln aus — ohne ausreichende Ausfuhrgenehmigung — über die Grenze „geschoben" werden sollten. Die Fabriken, aus denen diese Sendungen stammen, konnten noch nicht festgestellt werden. Der Verband Deutscher Druckpapierfabriken, der als Hauptbeteiligter am Ausfuhrmonopol für Zeitungspapier durch die Papierschiebungen in erster Linie geschädigt ist, hat eine Belohnung von 12 000 M für die Ermittelung des Tatbestandes ausgesetzt.

491 Abstimmung in Oberschlesien.

Die Polizeiverwaltungen, die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher ersuche ich auf das dringendste, sofort und mit allem Nachdruck dafür Sorge zu tragen, daß jeder Abstimmungsberechtigte sich in die Abstimmungslisten eintragen läßt. Bei der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit wird sich nur durch persönliche Fühlungnahme mit den in den Gemeinden usw. ansässigen Oberschlesiern erfolgreiche Arbeit ermöglichen lassen.

Im besonderen bitte ich darauf hinzuweisen, daß die Nachrichten in den Zeitungen über vorgekommene Terrorakte seitens der Polen großenteils übertrieben sind, und daß Besorgnisse in dieser Hinsicht keinen Abstimmungsberechtigten abhalten dürfen, sich in die Abstimmungslisten eintragen zu lassen. Von seiten der deutschen Regierung sind bereits die nötigen Schritte beim interalliierten Ausschuß getan worden, um für Ruhe und Sicherheit während der Abstimmung zu sorgen. Es wäre der deutschen Sache im höchsten Maße abträglich, wenn Abstimmungsberechtigte jetzt aus Angst vor einer Reise nach Oberschlesien ihre Eintragung in die Abstimmungslisten versäumen würden. Nur durch die Eintragung in die Abstimmungslisten wird das Recht zur Abstimmung erworben. Die Eintragung selbst verpflichtet selbstverständlich noch nicht zur Vornahme der Reise.

Ich ersuche ferner, die Bestrebungen der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier nachdrücklichst zu unterstützen.

Merseburg, den 26. Januar 1921.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisdeputierter.

Nutz- u. Brennholz-Auktion

Dienstag, den 1. Februar cr., vormittags 9 Uhr sollen im Zöschener Rittergutsforst folgende Brennhölzer meistbietend versteigert werden:

Za. 90 rm Scheite und za 500 rm Abraum- u. Unterholz.
Nachmittags von 1 Uhr ab kommen folgende Nutzhölzer zum Verkauf:
Za. 56 Eichen, 30 Eschen, 25 Rüstern, 25 Erlen, 5 Pappeln, 8 Ahorn, 1 Linde und 3 Weißbuchen mit za. 96 fm

Sammelplatz am Zöschen-Oberthauer Wege.

Zöschen bei Merseburg, den 24. Januar 1921.

Taube

Oeffentliche Aufforderung

über die

Einreichung von Lohnlisten

zum Zwecke der Veranlagung der Einkommensteuer.

Auf Grund des § 40 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichsgesetzbl. S. 359) und der Verordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 29. Dezember 1920 wird jeder, der im Bezirke des unterzeichneten Finanzamts Personen gegen Gehalt, Lohn oder sonstiges Entgelt im Kalenderjahr 1920 länger als zwei Monate beschäftigt hat, aufgefordert,

in der Zeit vom 1. bis 28. Febr. 1921

Namen, Stellung und Wohnung sowie das von ihnen herrührende Einkommen dieser Personen im Kalenderjahr 1920 dem Finanzamt mitzuteilen (Lohnliste).

In der Lohnliste ist zugleich anzugeben, für welchen Zeitraum das Einkommen bezogen wurde.

Die gleiche Aufforderung wird an die Vorstände juristischer Personen und von Vereinen aller Art, sowie an die Vorstände aller Stellen, Behörden und Anstalten des öffentlichen Dienstes hinsichtlich des Berufs- oder Pensions-Einkommens ihrer Beamten, Angestellten, Bediensteten sowie der Empfänger von Ruhegehältern, Witwen- und Waisen-Pensionen oder Unterhaltsbeiträgen gerichtet.

Soweit Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden über die hiernach in die Lohnlisten aufzunehmenden Personen den Finanzämtern bereits Nachweisungen eingereicht haben, ist die Einreichung von Lohnlisten nicht mehr erforderlich.

Die Lohnlisten sind getrennt nach den Wohnorten der Empfänger von Dienst- oder Ruhegehaltsbezügen anzufertigen und dem für deren Wohnort zuständigen Finanzamt zuzuwenden. Ist eine Gemeinde in mehrere Steuerbezirke geteilt, so ist die Lohnliste getrennt nach den einzelnen Steuerbezirken aufzustellen.

Für die Lohnlisten dürfen nur die vorgeschriebenen Vordrucke benutzt werden, welche außer beim Finanzamt (Zimmer 79) soweit möglich auch bei den Magistraten, Gemeinde- und Gutsvorständen kostenfrei abgegeben werden.

Wer dieser Aufforderung nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt, wird nach § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsstrafe von 5 bis 500 Mk. bestraft.

Vorsätzlich unrichtige Angaben fallen unter den Begriff der Steuerhinterziehung und sind daher nach § 53 des Einkommensteuergesetzes in Verbindung mit § 359 der Reichsabgabenordnung strafbar.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, die vorstehende Bekanntmachung zum öffentlichen Aushang zu bringen.

Merseburg, den 26. Januar 1921.

Finanzamt.
Bröse.

Zur Aufklärung!

Neuerdings werden vielfach Pflanzenfette, die nicht aus unseren Werken stammen, als Palmin angeboten und verkauft.

In allen Fällen handelt es sich um Mißbrauch der uns gesetzlich geschützten Marke Palmin.

Palmin nur echt,
wenn von
H. Schlinck & Cie. A.-G.
Hamburg

Von Sonnabend, 29 d. Mts. empfehle äußerst preiswert
75 Stück durchgeseuchte
erstklassige Oldenburger hochtragende und frischmilchende
Kühe
hochtragende Färsen, Jungrinder zur Zucht und Mast, sowie beste Absatzkälber, desgl. schwere bayerische Zugochsen und Zugkühe.
Zuchtviehhandlung L. Nürnberger,
Merseburg. Hallesche Straße 10/12 Telephon 28.

Sonnabend, den 29. d. Mts. stehen wieder schwere hochtragende
Kühe
sowie ein Paar starke
Zugochsen
im Gasthof „Zum Goldenen Hahn in Merseburg preiswert zum Verkauf.
Robert Amling, Teleph. 240.

Von Sonntag, den 30. d. Mts., steht wieder eine große Auswahl der allerbesten u. schwersten jungen, hochtragend. u. frischmilchenden
Kühe
mit den Kälbern
äußerst preiswert zum Verkauf.
Willy Ziegenhorn, Schafstädt, Am Bahnhof. Telephon 32.

Selbstkäufer
sucht in oder bei Merseburg Haus mit freiw. Wohnung. Ang. unter 3038 an die Exp. d. Bl.

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Geigen,
alte, wenn auch zerbrochen, zu kaufen gesucht. Angeb. unter 3118 an die Exped. d. Bl.

Hohe Preise
zahle nur noch kurze Zeit für
National-Reg.-Cassen.
Angebote unter Y L 3452 an Rudolf Mosse, Halle a. S.

Briketts
frei Haus liefert sofort
Haluszczak, G. m. b. H.
Dammstr. 6. Tel. 576. Mühlenstr. 8. Tel. 276.

Freiwillige Möbel-Auktion.

Sonnabend, den 29. d. Mts., vorm. ½10 Uhr, werde ich im „Thüringer Hof", hier, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Bilsey, 2 Plüschgarnituren (Sofa, 2 Sessel, 4 Polsterstühle, Tisch), 1 Sofa, 1 Chaiselongue m. Decke, mehrere Kleiderschränke, 2 Vertikos, 1 Schreibtisch m. Aufsatz, ein Rollschreibtisch, 1 Toiletten-Kommode, 2 Sofatische, 1 Servier-, 1 Näh- u. 1 Spieltisch, 1 Küchentisch, 1 Trumeau (über 2 m hoch), 2 gr. Spiegel m. Konsol, 1 Teppich (2×3 m), 2 Bettstellen m. M., 4 eis. Bettstellen, 1 Spinnrad, 1 Stubenleiter, 1 Regulator, 1 Handwäschemolle, 1 Zinkbadewanne, mehr. Lampen s. Gas u. elektr., Kleider- u. Handtuchhalter, Gardinenstangen u. and. Wirtschafts- u. Gebrauchsgegenstände, sowie mehr. Paar Schuhe u. Kleidungsstücke.

Die Möbel sind z. T. aus Mahagoni u. Nußbaum, gebraucht, aber in sehr gutem Zustande.

Besichtigung ab ½9 Uhr.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Von Freitag ab steht ein frischer Transport hochtragender sowie frischmilchender
Kühe
zum Verkauf.
Albert Beyer, Schkeuditz.
— Telephon 369. —

Von heute nachm. ab steht wieder ein großer Transport erstklassiger schwerer sowie mittlerer
Läufer
sowie prima futterfeste Ferkel
zu alleräußersten Tagespreisen zu verkaufen.
Nachsel, Gr. Ritterstr. 12.

Wanderer-Fahrräder
Brennabor-Fahrräder
Opel-Fahrräder
zu billigsten Preisen
Gustav Engel Söhne
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Tel. 203.

Glänzt in einer Sekunde, da wieder reine Terpentinölware wie vor dem Kriege.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ und „Amtsblatt der Stadt Merseburg“, der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd“ und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 22 — Donnerstag den 27. Januar 1921 — 47. Jahrg.

Der deutsche Standpunkt in der Reparationsfrage.

Die Schwierigkeit des Reparationsproblems an sich hat bei der Betrachtung in der Öffentlichkeit schon Anlaß zu allen möglichen mehr oder weniger schiefen Darstellungen gegeben. Dazu kommt, daß sich in der ausländischen Presse aus politischen Gründen allerlei Sonderbestrebungen bemerkbar machen, die je nach den Ländern und den Interessentengruppen in diesen Ländern die Reparationsfrage auf bestimmte Gleise geschoben wissen wollen. Es ist deshalb nötig, daß bei dem Widerstreit der Meinungen der deutsche Standpunkt klar, deutlich und unverhüllt zum Ausdruck gebracht wird.

Dienstag abend ließ sich der Reichskanzler vom Minister des Auswärtigen Dr. Simons und vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth eingehend über die Entschädigungsfrage Bericht erstatten. Es besteht Übereinstimmung darin, daß man die Höhe der feindlichen Forderungen sobald als möglich kennen lernen müsse, und daß wir ein vertragsmäßiges Recht haben, diese Kenntnis bis zum 1. Mai d. J. zu erhalten. Anderseits erkennt Deutschland an, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde bereit sein, auf das Einhalten der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den Alliierten über die Teilleistung Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie dem Seydouxschen Plane als Basis für weitere Verhandlungen zugestimmt. Der Plan sieht vor, daß Deutschland fünf Jahre lang jährlich 3 Milliarden Goldmark zahlt, jedoch nicht in Gold, sondern in Sachlieferungen.

Dieser deutsche Standpunkt betont vor allem, daß wir nach wie vor ein dringendes Interesse daran haben, die Gesamtsumme der Reparationskosten kennen zu lernen. Wir haben ein Recht darauf, diese Summe nach dem Vertrag von Versailles bis zum 1. Mai 1921 zu wissen. Wenn wir einstweilen davon absehen, schon jetzt auf die Festsetzung der Gesamtsumme zu dringen, so nur deshalb, weil wir die technischen Schwierigkeiten bei der Gesamtfestsetzung unserer Schuld anerkennen, denn wir gehen davon aus, daß wir nicht das zahlen können, was unsere Gegner verlangen, sondern daß wir nur das wiedergutzumachen brauchen, was tatsächlich an Schaden angerichtet worden ist. Zum andern wissen wir aber auch sehr wohl, welche psychologischen Umstände jetzt noch der Festsetzung der Gesamtsumme entgegenstehen. Es ist uns von französischer Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß das französische Volk eine Summe, die wir zahlen müssen und können, nicht ertragen könne, weil sie zu niedrig wäre. Wir haben uns deshalb zu der Festsetzung der Annuitäten, das heißt der Jahreszahlungen, entschlossen, wenn eine Verständigung über die Teilleistungen innerhalb der nächsten fünf Jahre möglich ist. Das bedeutet nun aber nicht etwa, daß jetzt die Festsetzung der Gesamtsumme auf fünf Jahre hinausgeschoben ist, sondern nebenher muß eine Einigung über die Gesamtsumme erzielt werden. Dieses Verlangen hat Botschafter Laurent bei der Besprechung mit dem deutschen Außenminister auch als durchaus berechtigt anerkannt. Wir müssen weiter verlangen, daß jetzt zuerst nicht über die Festsetzung der Annuitäten, sondern über die Methode der Sachleistung und ihre Bewertung verhandelt wird, sowie über die Voraussetzungen, unter denen wir allein Teilleistungen machen können. Die Summe von drei Milliarden Goldmark zu zahlen, ist uns unmöglich. Versteifen sich die Alliierten darauf, so braucht gar nicht weiter diskutiert zu werden, denn es ist eine völlige Unmöglichkeit, in jedem Jahr eine solche Summe aus uns herauszuquetschen zu wollen. Wir müssen auch weiter darauf bestehen, daß nicht die jetzige Ministerkonferenz in Paris bindende Beschlüsse faßt, sondern wir erwarten eine Fortführung der Sachverständigen-Verhandlungen und wir haben endlich ein Recht, die Genfer Konferenz zu verlangen, bei der wir als gleichberechtigte Teilnehmer mitverhandeln können.

*

Deutschland muß 200 Milliarden zahlen, damit Frankreich nicht bankerott macht!

Paris, 26 Jan. Über die Mittwoch-Vormittagssitzung der Pariser Konferenz wird noch berichtet: Der französische Finanzminister Doumer erklärte, daß die Gesamtentschädigungssumme beinahe festgesetzt sei. Sie werde 200 Milliarden betragen, davon 112 Milliarden für Frankreich. Um diese Summe zu bezahlen, werde Deutschland 30 Jahre Zeit haben. Wenn es aber beweisen kann, daß diese Frist zu kurz ist, so könne man ihm einige weitere Jahre zugestehen. In Boulogne sur mer sprach man z. B. von 42 Jahren. Man berechnet demnach, daß Deutschland jährlich 12 Milliarden bezahlen müsse, also eine Milliarde monatlich. Um dazu imstande zu sein, müßte Deutschland das Beispiel eines einfachen Bürgers befolgen, der mehr Schulden als Einnahmen habe, und müßte einen Teil seines Besitzes verpfänden, z. B seine Bergwerke, Eisenbahnen usw. Nur wenn Deutschland bezahle, könne Frankreich 54 Milliarden Pensionen und 58 Milliarden für den Wiederaufbau aufbringen. Wenn es dies Geld nicht habe, müsse es bankerott machen. Man sagt, daß Deutschland in derselben gefährlichen Lage sei, falls es die vorgesehenen Zahlungen leisten müsse. Uns scheint, falls ein Staat bankerott machen muß, daß es viel moralischer sei, daß dies jenes Land ist welches angegriffen hat. Lloyd George fragte, was Doumer für eine Ansicht darüber habe, wie Deutschland bezahlen solle. Doumer erwiderte, daß Deutschland vor dem Kriege für 10 Milliarden Goldmark exportierte, was gegenwärtig wegen der Geldentwertung 17 Milliarden betrage. Demnach könne Deutschland 10 Milliarden bezahlen. Lloyd George bemerkte, daß Deutschland dann nicht genug Geld für Rohstoffbeschaffungen hätte. Doumer erwiderte, daß er nicht dieser Ansicht sei. Er versprach für heute abend einen Vorschlag für die Entschädigungsfrage. Die heutige Sitzung hinterließ den Eindruck, daß sich Frankreich in der Entschädigungsfrage gänzlich auf den Boden des Versailler „Vertrages“ stelle.

Marschall Fochs Bericht über Deutschlands Entwaffnung.

Nach einer Meldung aus Basel heißt es in dem der Botschafterkonferenz vorgelegten Bericht des Marschalls Foch über die angeblich ungenügende Entwaffnung Deutschlands u. a.:

1. Die Kontrollkommission erhielt nur einen geringen Teil der durch die Entwaffnung der Zivilbevölkerung eingegangenen Waffen.
2. Der deutsche Entwaffnungskommissar hat den Zeitpunkt der Abgabe der Waffen der Bürgerwehren noch nicht bekanntgegeben.
3. Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei ist noch nicht beendet.
4. Die Sicherheitspolizei wurde nicht aufgelöst.
5. Die in Ostpreußen und Bayern aufrechterhaltenen Bürgerwehren stehen mit der Reichswehr in engem Zusammenhang.
6. Die deutsche Gesetzgebung wurde mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht genügend in Einklang gebracht.
7. Die deutsche Regierung weigert sich, das überzählige Artilleriematerial von Königsberg und Küstrin abzuliefern.
8. Trotz der noch nicht kontrollierten Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 fährt die deutsche Regierung fort, entgegen den Bestimmungen des Vertrages Liquidationsoffiziere zu beschäftigen.

Der Beschluß der Pariser Abrüstungskommission.

Paris, 26. Jan. Das Kommunique über die gestrige Nachmittagssitzung des Obersten Rates der Alliierten enthält eine bedeutungsvolle Tatsache. Zum ersten Male entschieden sich die alliierten Vertreter [illegible] gehalten werden. Nach diesen Aussagen sollen sich auf dem Schloßberge bei Kronstadt in einem Kriegsgefangenenlager, das dort noch vorhanden ist, in unterirdischen Kellerräumen unter den ungesundesten Verhältnissen neben Österreichern, Ungarn und Tschechen auch noch deutsche Kriegsgefangene befinden. Es wird Aufgabe der Reichsregierung sein müssen, nachzuprüfen, ob diese Proteste der Münchener Durchgangsstelle für Kriegsgefangene der Wahrheit entsprechen oder nicht.

Entente-Unsinnigkeiten.

Berlin, 26. Jan. Die Sächsische Landeswetterwarte, das Aeronautische Institut in Lindenberg und die geophysikalischen Anstalten in Leipzig und Frankfurt hatten die Interalliierte Kontrollkommission gebeten, die Entfernungsmesser aus militärischen Beständen, die nach dem Friedensvertrage zur Zerstörung abgeliefert werden müssen, ihnen für wissenschaftliche Zwecke zu überlassen. Die Interalliierte Kontrollkommission hat diese Bitte abgeschlagen und die Zerstörung der wertvollen Instrumente angeordnet.

Paris, 26. Jan. Marschall Foch ist heute vormittag von Paris nach London abgereist.

Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes.

Köln, 26. Jan. Wie das „Echo de Rhin“ meldet, finden gegenwärtig zwischen dem belgischen General Maglinse und dem französischen General Degoutte in Paris Verhandlungen über die Neuregelung der militärischen Besetzung des Rheinlandes statt. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man diese Verhandlungen in Paris mit der mehrfach angekündigten Absicht des neugewählten Präsidenten Harding, die amerikanischen Besatzungstruppen baldmöglichst zurückzuziehen, in Zusammenhang bringt. Es stände demnach die Ersetzung der Amerikaner durch französische oder belgische Besatzungstruppen zu erwarten.

Ebert an den Nationalrat Österreichs.

Berlin, 27. Jan. Der Reichspräsident hat auf das Telegramm des Präsidenten des österreichischen Nationalrates Dr. Weiskirchner folgendermaßen geantwortet: „Dem Nationalrat der Republik Österreich danke ich herzlichst für die anläßlich des Erinnerungstages übermittelten freundlichen Grüße. Das deutsche Volk ist, gleich den Stammesgenossen in Österreich, von der festen Zuversicht erfüllt, daß sich der deutsche Name in der Zukunft überall jene Achtung und Geltung erringen wird, die dem gemeinsamen Streben der Wiederaufrichtung durch unermüdliche Arbeit zuteil werden müssen.“

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Paris.

Berlin, 27. Jan. (WTB.) Die Botschafterkonferenz hat jetzt Herrn Alphand zum Vorsitzenden für die demnächst in Paris wieder aufzunehmenden deutsch-polnischen Verhandlungen über Pensionen, Archive usw. bestimmt, die im Frühjahr 1920 unvollendet geblieben waren. Deutscherseits ist hierbei auch Aufnahme der Verhandlungen über das beiderseitige Optionsrecht beantragt worden, jedoch hat die Botschafterkonferenz hierüber noch keine Entscheidung getroffen. — Die Verhandlungen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen dauern unter Vorsitz des Herrn Lefevre fort. Über eine Reihe von Fragen ist bereits Einigung erzielt.

Noch keine Entscheidung über das Schicksal des deutschen Eigentums in Italien.

Berlin, 27. Jan. Das Wolffsche Bureau meldet offiziös: In einem Telegramm einer Berliner Abendzeitung („Berliner Tageblatt“) aus Rom wird die Konfiszierung des 50 000 Lire übersteigenden deutschen Eigentums in Italien als eine vollzogene Tatsache behandelt. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, trifft dies nicht zu, vielmehr gehen die Verhandlungen, die über die Freigabe des deutschen Eigentums mit der italienischen Regierung geführt werden, fort.

Neuwahlen für Provinz und Kreis auch im besetzten Gebiet.

Berlin, 27. Jan. Die interalliierte Rheinlandkommission hat gegen die Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen keinen Einspruch erhoben. Diese Wahlen können also jetzt im besetzten Gebiet nach der geltenden Ordnung abgehalten werden.

Neue Kabinettskrise in Braunschweig.

Braunschweig, 27. Jan. Im Landtag erklärten gestern bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums die Führer sämtlicher bürgerlichen Fraktionen, daß ihre Parteifreunde der seit vorigem Sommer in Braunschweig bestehenden rein sozialistischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und folglich den Etat in seiner Gesamtheit ablehnten. Die Neukommunisten haben noch keine Erklärung abgegeben, und von der Haltung der drei Neukommunisten wird es abhängen, in welchem Sinne die neue Kabinettskrise morgen oder übermorgen zur Entscheidung kommt.

Der neue Vorstand der Wiederherstellungskommission.

Paris, 27. Jan. Nach französischen Blättern erfolgte gestern die Wahl des Vorstandes der Wiederherstellungskommission. Zum Präsidenten wurde gewählt Louis Dubois, zum Vizepräsidenten der Italiener Salvago Raggi, zum Generalsekretär der Engländer Salter und zu seinen Stellvertretern der Belgier Denis und der Franzose Bergers.

Ernste Niederlage der Griechen in Kleinasien.

Rom, 27. Jan. Depeschen des „Temps“ aus Konstantinopel und Athen lassen die Niederlage der Griechen sehr ernst erscheinen. Die Griechen seien an die Küste zurückgejagt und setzen Brussa in Verteidigungszustand. Es herrsche starke Verstimmung. General Bencivenga kommentiert die Ereignisse und sieht eine griechische Katastrophe voraus, die nicht einmal England zugute kommen werde. Das Blatt „Akbar“ in Kairo meldet: Die siegreichen Kemalisten besetzten Hasnik, gingen gegen Elschiffar vor und nahmen Gidos ein. Die griechische Flotte bombardiert die Eisenbahn bei Gelnik.

Konstantinopel, 27. Jan. (TU.) Die britische, italienische und holländische Handelskammer haben bei der Hohen Kommission in Konstantinopel gegen die Haltung der griechischen Behörden, die imstande seien, einen so ausgezeichneten Hafen wie den von Smyrna zu ruinieren, energische Vorstellungen erhoben.

Zur Frage des Anschlusses Tirols an Deutschland.

Wien, 27. Jan. Der Tiroler Landtag beschloß, daß die Abstimmung über die Frage des Anschlusses an Deutschland am letzten Sonntag im Februar stattfinden soll.

Die Sozialisten in Schweden gegen die Konservativen.

Stockholm, 27. Jan. (WTB.) Wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, erregt es in Schweden großes Aufsehen, daß der frühere Staatsminister Branting als Führer der mehrheitssozialdemokratischen Partei bei Besprechung des Antrages der Konservativen auf Aufhebung oder Suspendierung des Gesetzes über den Achtstundenarbeitstag in unverhüllter Form mit der Anwendung außerparlamentarischer Mittel gedroht hat, wenn die Rechte nicht von ihrem Plan ablasse, dieses Gesetz ebenso wie eine Reihe anderer Vorlagen zum Wahlrecht, Unterrichts- und Heereswesen wieder rückgängig zu machen. Weiter sprach Branting sich mit aller Schärfe gegen die von der Rechten geforderte Erhöhung der Lebensmittel- und industriellen Zölle aus, die nach seiner Ansicht nur dazu dienen solle, die Preise hoch zu halten.

Attentat auf einen Vertreter Armeniens.

Paris, 27. Jan. (WTB.) Der Präsident der armenischen Delegation empfing gestern einen Landsmann. Nachdem dieser das Büro betreten hatte, zog er seinen Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf den Vertreter ab. Die Kugeln verfehlten jedoch ihr Ziel und der Täter wurde verhaftet.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Die Entente duldet den Anschluß an Deutschland nicht.

Paris, 26. Jan. Der französische Delegierte bei der Reparationskommission für Österreich, Lobukowski, erklärte dem Wiener Vertreter des „Temps“, das Land könne sich nur mit Hilfe der Entente wieder erheben. Dieser Beistand könne Österreich insbesondere nur gewährt werden, wenn es wisse, daß die Entente den Anschluß an Deutschland, was auch komme, nicht dulden werde, denn das würde mit Sicherheit den Wiederbeginn des Krieges bedeuten. Als Gegenleistung werde die Entente zwischen den verschiedenen Staaten Mitteleuropas ein normales Regime wirtschaftlicher Verbindungen aufrichten, das sich stütze auf die eigenen Interessen eines jeden dieser Staaten.

Schweiz.

Keine Verlegung des Roten Kreuzes.

Genf, 26. Jan. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das seither beständig in dieser Stadt ansässig gewesen ist, bezeichnet die Nachricht, daß der Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz nach Paris oder Brüssel verlegt werde, als vollständig grundlos.

Ablehnung der dritten Internationale.

Bern, 26. Jan. Bei der Urabstimmung in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz wurden 25 324 Stimmen gegen und 8723 Stimmen für den Beitritt zur dritten Internationale abgegeben.

Frankreich.

Flucht der Franzosen aus Aleppo.

Moskau, 26. Jan. Hier sind Meldungen von einem großen Aufstand eingetroffen, der im Gebiet von Aleppo gegen die Franzosen ausgebrochen sei. Die französischen Truppen hätten Aleppo verlassen, wobei ihnen die Araber drei Geschütze, viele Maschinengewehre und Gefangene abgenommen hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210127-10/fragment/page=0007